Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 24. | Berlin, den 15. September 1918. | 13. Jahrgang.

Schlachten, Reden, Trinksprüche usw.

Berlin, den 10. September 1918.

Die Rede-Offensive.

Gerade in dieser Zeit müssen wir an die Urteilsfähigkeit unserer Genossen appellieren und dringend ersuchen, nicht alles von der Interpretation der Zeitereignisse von ihrem Blatte zu erwarten, sondern selbst mit dem Maßstabe ihrer international-sozialistischen Erkenntnis an die aus einseitigen Quellen fließenden Zeitungsnachrichten heranzutreten.

Das ist um so notwendiger, als in den letzten Wochen die militärische Defensivaktion systematisch flankiert wird von einer oratorischen Offensivaktion. Die planmäßigen Rückzugs- und Loslösungsschlachten an der Front werden begleitet von ebenso planmäßigen Redeschlachten.

In Anbetracht des eingangs Gesagten wollen wir uns darauf beschränken, aus Reden der letzten Wochen einige Stellen hier wiederzugeben und zum Nachdenken zu empfehlen. Mag jeder Leser sich darüber sein eigenes Urteil bilden und daraus seine Schlußfolgerungen ziehen.

Der deutsche Kronprinz hat einem ungarischen Journalisten eine Unterredung gewährt, aus der wir folgende Stellen festhalten wollen:

„. . . Wir sind als Barbaren und Kriegswütige verschrieen, während wir doch nichts wollten und wollen, als unser Leben und unsere Entwicklung. Dieser Krieg ist und war in meinen Augen nichts anderes, als ein Verteidigungskrieg. Ich habe diesen Krieg niemals für ein leichtes Manöver gehalten und bin niemals der Ansicht gewesen, daß wir die Feinde zerschmettern würden. Ich halte es auch nicht für wünschenswert, daß die Feinde vernichtet werden, weil auf dieser Welt Platz genug für alle Nationen ist. Es muß allerdings auch Platz für Deutschland und seine Verbündeten sein. . . .

Um Demokratie und Freiheit, und wie die Schlagworte sonst heißen mögen, mit denen die Entente dauernd arbeitet, handelt es sich in Wirklichkeit keineswegs. Wenn unsere Gegner behaupten, ich wäre ein Kriegshetzer, so ist das wahrscheinlich eine bewußte Lüge; jedenfalls ist es objektiv unwahr. Ich bin allerdings immer für eine starke Rüstung eingetreten, weil ich erkannte, daß wir uns eines Tages würden gegen die ganze Welt zu verteidigen haben. Nachdem England in den Krieg eingetreten war, zweifelte ich nicht, daß der Krieg schwer sein und lange dauern werde."

Feldmarschall von Hindenburg erließ eine längere Kundgebung, in der er sich über die feindliche Propaganda äußerte. Es heißt da u. a.:

Und schließlich versendet der Feind nicht den ungefährlichsten seiner in Druckerschwärze getauchten Giftpfeile, wenn er Aeußerungen deutscher Männer und deutscher Zeitungen abwirft. Die Aeußerungen deutscher Zeitungen sind aus dem Zusammenhang gerissen. Bei Aeußerungen Deutscher, die wiedergegeben werden, denkt daran, daß es Verräter am Vaterlande zu jeder Zeit gegeben hat, bewußte und unbewußte. Meist sitzen sie im neutralen Ausland, um nicht unseren Kampf und unsere Entbehrungen teilen zu müssen oder als Hochverräter gerichtet zu werden; auch die Verfechter extremer Parteirichtungen dürfen nicht den Anspruch erheben, für die Allgemeinheit des deutschen Volkes zu sprechen. Es ist unsere Stärke, aber auch unsere Schwäche, daß wir auch im Kriege jede Meinung ungehindert zu Worte kommen lassen. . . .

Darum deutsches Heer und deutsche Heimat: Wenn dir einer dieser ausgeworfenen Giftbrocken in Form eines Flugblattes oder eines Gerüchtes vor die Augen oder die Ohren kommt, so denke daran, daß er vom Feinde stammt. Denke daran, daß vom Feinde nichts kommt, was Deutschland frommt. Das muß sich jeder sagen, gleichgültig, welchem Stande oder welcher Partei er angehört. Trifft du einen, der zwar dem Namen und der Abstammung nach deutsch ist, der aber seinem Wesen nach im Feindeslager steht, so halte ihn dir fern und verachte ihn. Stelle ihn öffentlich an den Pranger, damit auch jeder andere wahre Deutsche ihn verachtet.

Wehre dich, deutsches Heer und deutsche Heimat!

Graf Hertling hat der Kommission des preußischen Herrenhauses, die den Wahlreform-Entwurf beraten soll, — wer denkt da nicht an das Wort: den Bock zum Gärtner machen! — gut zugeredet und in seiner Rede Nachdruck besonders auf folgende Argumente gelegt:

. . . . Aber, meine Herren, diese Bedenken müssen in der Zeit, in der wir leben, zurückgestellt werden hinter die größere Aufgabe, die wertvollsten Güter unseres staatlichen Lebens, Dynastie und Krone, zu schützen.

Ueber das Tempo, in dem Sie diesen Weg suchen und finden, erlaube ich mir keine Vorschläge zu machen. Auch die Reichstagsabgeordneten — ich sage das, um falschen Nachrichten in den Zeitungen entgegenzutreten — habe ich gesagt: In der Sache bin ich ganz fest; bezüglich des Tempos bitte ich mir freie Hand zu lassen. Und so sage ich auch, meine Herren, es wird unserseits kein Druck auf Sie ausgeübt werden, wir werden Sie in sachlicher Weise jederzeit zu unterstützen bereit sein, daß Sie in absehbarer Zeit zu einem Resultat gelangen. Jeder aufkeimende Verdacht eines Verschleppungsversuches würde der Agitation Nahrung geben und zu schweren Erschütterungen führen.

Meine Herren, ich habe schon gesagt, jeder, der nach mir an dieser Stelle steht, wird dieselbe Aufgabe aufnehmen müssen; er wird sie aber wahrscheinlich dann unter relativ ungünstigen Verhältnissen durchzuführen haben. Jetzt, meine Herren, kann das Gesetz noch mit solchen Sicherungen versehen werden, daß dadurch einer zu weitgehenden Radikalisierung unseres staatlichen Lebens vorgebeugt wird. Ob das später noch möglich sein wird, steht dahin. Alle diese Gedanken möchte ich noch recht eindringlich Ihren Erwägungen anheim geben und damit möchte ich meine kurzen Worte schließen.

Vor kurzem kam aus der Ukraine deren derzeitiger Regent von Maschinengewehrs Gnaden, der Hetman Skoropadski, nach Deutschland. Bei einem Frühstück, das ihm zu Ehren auf Wilhelmshöhe bei Kassel gegeben wurde, sagte der deutsche Kaiser in einem Trinkspruch u. a.:

„. . . Der durch die Machenschaften der Entente über die Welt heraufbeschworene und von den Westmächten, trotz erkannter Unerreichbarkeit ihrer Machtziele, in verbrecherischem Wahn fortgesetzte blutige Krieg hat auch der Ukraine schwere Wunden geschlagen. Als nach dem Freiwerden der im russischen Zarenreich gebundenen Volkskräfte die Ukrainer, in Anknüpfung an ihre ruhmreiche Geschichte, sich zu einem selbständigen Staate erklärten und sich an Deutschland mit der Bitte wandten, ihnen bei der Errichtung ihres Staates behilflich zu sein, habe Ich freudig Meine Hand dazu geboten, ihnen die gewünschte Hilfe zu gewähren. Meine Regierung und die Meiner hohen Verbündeten übernahmen die Aufgabe, der Ukraine die völkerrechtliche Grundlage für ihre staatliche Geltung zu verschaffen, und unsere Armeen wirkten dabei mit, dem von umstürzlerischen Elementen aufgewühlten Lande die Ruhe zu bringen, in deren Schutz der Aufbau des Staates beginnen konnte. Emporgehoben und getragen von der breiten Masse des ukrainischen Landvolkes und der ordnungsliebenden Bürgerschaft, haben Euere Durchlaucht dann mit Umsicht und Tatkraft die Ukraine zu einem neu geordneten Staatswesen auszubauen begonnen und durch Schaffung von Recht und Gesetz die Grundlage für Freiheit und Ordnung gelegt."

Schließlich hat sich auch der Parteivorstand der abhängigen Sozialdemokratie im Verein mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu einer radikalen, unerhörten Tat aufgerafft: Er hat den Papierberg, der sich in bezug auf den Ernährungsjammer im Laufe von vier Kriegsjahren aufgetürmt hat, — — — um eine neue Denkschrift vermehrt!

Internationalität und Internationale.

(Schluß.)

Tausend unerfüllte imperialistische Wünsche werden sich am Tage nach dem Friedensschluß anmelden, tausend Reibungsflächen und Kriegskeime fortbestehen. Die herrschenden Gesellschaftsschichten in allen Ländern werden darin ebenso viel Gründe sehen, nationalistische Vorurteile in den Massen wachzuhalten.

Auch die inneren politischen Kämpfe in vielen Ländern dürften bald nach dem Kriege Formen zeigen und Folgen zeugen, die die größte Aufmerksamkeit der Internationale erfordern.

Will die Weltbewegung des Proletariats alle die drängenden Aufgaben erfüllen, dann darf sie sich nicht darauf beschränken, in kunstvoll erdachten Resolutionen eine theoretische Plattform für die Auslandspolitik der Sozialdemokratie zu schaffen, auf der sich das Proletariat aller Länder, geistig über allem nationalen Widerstreit stehend, vereinigen kann. Es darf ihr nicht genügen, die nationalen Sektionen zur energischen bewußt internationalistischen Propaganda zu verpflichten und beständig anzuregen. Die internationale Zentralinstanz muß darüber hinaus nach dem Kriege mehr denn zuvor Instrument der internationalen sozialistischen Aktion sein und in dieser Eigenschaft stets sofort in Tätigkeit treten.

Propaganda, auch wenn sie mit heiligem Eifer betrieben wird und gutem Boden vorfindet, kostet Zeit. Da die Ereignisse und Strömungen aber zur Eile drängen und die international denkenden Schichten des Proletariats wenig Neigung haben dürften, wieder und wieder an den Särgen günstiger Gelegenheiten zu trauern, wird die Internationale die letzten Wirkungen ihrer Propaganda nicht abwarten können. Die Entwickelung der Dinge kann es dereinst notwendig machen, zur internationalen Aktion zu schreiten, bevor der internationale Gedanke die wünschenswerte Ausbreitung gefunden hat.

Die Macht zu aktiver Betätigung kann der internationalen Führung nicht gegeben werden durch Befehlsgewalt. Blinder Gehorsam der Gefolgschaft kann nicht zu den Mitteln der Bewegung gehören, die die Freiheit über alles setzt. Nichts wäre unfreier und gefährlicher als das; bei aller Grundsatztreue müssen wir die Freiheit vor uns selber wahren.

Um so nötiger sind daher ungetrübte internationale Orientierung, absolute Grundsatztreue und der Mut zur Tat bei allen angeschlossenen Landesparteien. Weil die internationale Verbindung der proletarischen Klasse eine im Wesen rein geistige sein muß, darum kann ihre Aktionskraft nur gesichert werden durch völlige prinzipielle Uebereinstimmung der nationalen Sektionen in den Grundzügen der theoretischen Erkenntnis und den entscheidenden Fragen der internationalen Taktik. Gibt ein internationales Büro zu gegebener Stunde eine Parole aus, dann muß es die Gewißheit haben, daß der Losung

übereinstimmend Folge gegeben wird, soweit die innere Lage in den angeschlossenen Landesparteien es irgend erlaubt. Treue und Vertrauen müssen der Internationale die Macht geben, die bei ihren Gegnern durch Gewalt erzwungen wird. Die nationalen Sektionen müssen eine straffgefügte internationale Partei bilden. Die alte Internationale war, wie sich gezeigt hat, ein allzu loses, unverbindliches Gebilde von im Wesen nationalen, im Rausche gar nationalistischen Parteien. Wo Vielheit getötet hat, kann Einheit erlösend wirken.

Die Aufrichtung der alten Internationale, ein brüderliches, wenn auch schmerzenreiches Vergeben und Vergessen aller Sünden am Geiste der Internationale, ein gerührtes und rührendes In-die-Arme-schließen aller, die einst ihr Lippenbekenntnis zum internationalen Sozialismus stammelten und wohl auch heute oder morgen zu neuen Eiden bereit und fähig wären, — ein solcher Wiederaufbau könnte nur zu neuen, größeren Enttäuschungen führen. Wir hätten aufs neue einen Bau mit imponierender Fassade und wurmstichigen Balken.

Hätte es einen Sinn, sich mit Personen und Parteien international zu verbinden, die eben noch die einfachsten Forderungen der Internationale unter schnödem Spott verraten haben? Ist von ihnen auch nur jene Propaganda zu erwarten, die nicht zum zweiten Male versäumt werden darf?

Unter dieser Propaganda verstehen wir die schärfere Betonung des internationalen Charakters der Bewegung in der Aktion und Agitation der angegliederten Sektionen, die gründlichere Pflege jener politischen Gebiete unter streng internationalen Gesichtspunkten, die den Inhalt internationaler Betätigung bilden, und die klärende Diskussion der Mittel und Formen des internationalen Kampfes.

Ist von den Abtrünnigen aus den Kreisen der alten Internationale zu erwarten, daß sie durch derartige Propaganda sich selbst und ihre Politik während des Krieges mißbilligen werden? Eben auf diesen Gebieten wird die Fehde zwischen ihnen und den internationalistischen Parteigruppen in allen Ländern ausgetragen werden. In diesen Kämpfen um die Seele des Proletariats wird erst vielen deutlich werden, was internationale Gesinnung heißt und wie weit die national-sozialen Gruppen von ihr entfernt sind. Es würde ein wunderliches und verwirrendes Schauspiel sein, wenn rechts und links sich auf internationalen sozialistischen Kongressen zu tönenden Beschlüssen zusammenfänden, um sich danach vor dem Proletariat daheim des Wertes und der Auslegung der Beschlüsse wegen unerbittlich zu bekämpfen.

Will die kommende Weltorganisation des Proletariats ihren Zielen gerecht und aktionsfähig sein, dann muß sie ihre Reinheit wahren.

Auslese ist nötig! Und sie ist nicht schwer zu treffen, denn der Krieg hat die Geister geschieden und die Gesinnungen offenbart, hat die Auslese eigentlich schon vollzogen. Es handelt sich nur noch darum, sie zu bestätigen.

Die Basis für den Aufbau der neuen Internationale ist nicht die Internationale der Vorkriegszeit. Sie ist fossil. „Historisch gegeben" sind die Bildungen seit 1914.

*

Eduard Bernstein behandelt die Frage der Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zur zukünftigen Internationale in einem Artikel der Sozialistischen Auslandspolitik, Nr. 26, 4. Jahrg. Er warnt vor Exkommunikationen, warnt davor, die nationalen Spaltungen in internationale zu übertragen.

Sind die nationalen Spaltungen nicht dadurch entstanden, daß gewisse Parteiströmungen internationalen Geist und internationale Disziplin bei ihren Handlungen gänzlich außeracht ließen? Die Leute, die aus solchen Gründen nationale Spaltungen unvermeidlich machten, haben sich damit selbst aus der Internationale ausgeschlossen, können also nicht mehr durch andere exkommuniziert werden. Sollten sie aber nicht reif und ehrlich genug sein, das einzusehen, dann soll man sich nicht scheuen, es ihnen fühlbar zu machen.

Die Toleranz des Genossen Bernstein wirkt persönlich so gewinnend, daß es schwer fällt, etwas gegen sie zu sagen. Wer von uns wäre nicht gern tolerant gegenüber armen irrenden Menschenkindern, die, getrieben von drängenden Gefühlen und heiligem Eifer, in verwirrend großer Stunde über ein Ziel hinausschossen. Aber wir müssen uns den Gedanken abgewöhnen, die Politik etwa der 41 in Frankreich oder der „Internationalen Korrespondenz" in Deutschland fließe aus Irrtum und Dummheit, menschlichen Schwächen also, denen man gern mit nachsichtiger Milde und lächelndem Verstehen begegnet. Nicht mit irrenden Freunden, sondern mit ruhig berechnenden, offenen politischen Gegnern haben wir es zu tun. Die Personen und ihre Politik haben wir weder zu hassen, noch zu verabscheuen, noch anzuspeien, sondern nur zu bekämpfen. Vielleicht können wir mit ihnen gelegentlich ein Wahlabkommen treffen, wenn es uns zweckmäßig erscheint, „Blockpolitik" dürfen wir nicht mit ihnen machen. Gehen wir ein internationales Bündnis mit ihnen ein, dann gestehen wir ihnen eine gewisse Gleichwertigkeit zu, die in ihrer Hand zu einer gewichtigen Waffe im Kampfe gegen uns und damit gegen den internationalen Sozialismus selbst werden würde. Im übrigen: haben sie nicht selbst vor aller Welt die Trennungslinie zwischen sich und die Bolschewiki gezogen? Bernstein zieht in Zweifel, daß sich Renaudel und Scheidemann noch einmal an einen Tisch setzen werden. Mir erscheint es eher möglich, als daß sich Lenin und David an besagtem Tische zusammenfinden.

Um die Ungeheuerlichkeit etwelcher Exkommunikationen und die Schwierigkeit der Grenzsetzung zu zeigen — die Notwendigkeit einer Begrenzung gibt er zu — weist Bernstein auf die Zwiespältigkeiten hin, die zwischen den Parteien klaffen, die der internationalen sozialistischen Kommission in Bern angeschlossen sind. Es ist gewiß, daß auch in den Reihen der „Zimmerwalder" mancherlei zu richten und zu schlichten sein wird. Aber keiner dieser nationalen Parteien kann wohl der Vorwurf gemacht werden, daß sie in ihrer Grundstellung zu den Fragen internationaler sozialistischer Politik geschwankt hätte. Ein abschließendes Urteil über das Verhalten der ausländischen sozialdemokratischen Parteien dürfte wohl erst möglich sein, wenn die größere Freiheit des hoffentlich einmal wiederkehrenden Friedenszustandes gegenseitige erschöpfende Informationen über die letzten Beweggründe für alle Handlungen der Parteien möglich macht.

In Deutschland aber sehen wir jetzt schon klar und darum muß feststehen, daß hier der Weg zur Internationale nur über die Unabhängige sozialdemokratische Partei führen kann.

Genosse Bernstein hat anscheinend nichts dagegen, daß die Internationale sozialistische Kommission in Bern zunächst neben dem Hauptbüro bestehen bleibt als eine Art Sonderorganisation der „schärferen Tonart" im Rahmen der allgemeinen Internationale. Die bessere und reinere Lösung, die von der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angestrebt werden sollte, wäre, wenn Zimmerwald-Bern Kristallisationspunkt einer von Grund auf neuen Internationale werden würde. Sollte es jedoch zu jener unvollkommenen Klärung kommen, dann hätte ich zur Internationalen sozialistischen Kommission das Vertrauen, daß sie sehr bald das Uebergewicht bekäme, denn ich erwarte von der zukünftigen Entwicklung das Anwachsen der „schärferen Tonart." Vielleicht endet das alte Büro schmerzlos in einem sanften Schlummer. Es fehlte dann nur noch, daß man es rechtzeitig an einer stillen Stätte unterbringt, um ihm zu gegebener Stunde eine geräuschlose Bestattung zuteil werden zu lassen, wie einst der ersten Internationale in Newyork. An schönen Nekrologen brauchte es dann nicht zu fehlen.

R. S.

Die Sowjet-Regierung an die ganze zivilisierte Welt.

Unerhörte bestialische Verbrechen werden in unserem Lande verübt. Die englische und die französische Bourgeoisie, die sich mit ihrer friedlichen demokratischen Gesinnung brüsten, haben sich zur Aufgabe gesetzt, die Monarchie in Rußland wiederherzustellen. Die Agenten des französischen und englischen Kapitalismus, darunter auch offizielle Vertreter der französischen und der englischen Regierung, haben mit zaristischen Generalen, mit den zum Schwarzen Hundert gehörenden Offizieren, mit der Kadettenpartei, den Feinden des Volkes, und mit den verräterischen rechten Sozialrevolutionären und Menschewisten, einen engen Bund geschlossen. Nicht genug, daß diese Herrschaften die tschecho-slowakischen Banden gemietet und sie geschickt haben, unsere Saaten zu plündern, unsere Städte zu zerstören und unsere Brüder zu töten, nicht genug, daß sie durch Artilleriefeuer Archangelsk und Onega zerstört haben; jetzt haben sie, die anglo-französischen Kapitalisten, durch gemietete Mörder eine ganze Reihe terroristischer Attentate auf die Vertreter der Arbeiterregierung organisiert. Unsere Städte sind gedrängt voll von anglo-französischen Spionen. Säcke voll anglo-französischen Goldes werden zur Bestechung von allerlei Schuften verwandt. Die tatsächlichen Mörder von Wolodarsky und Uritzky und die Anstifter der Attentate auf Lenin und auf Sinowiew sind die Engländer und die Franzosen. Wir haben durchaus genaue und einwandfreie Unterlagen dafür, daß die offiziellen englischen Vertreter die Sprengung der Eisenbahnbrücken bei Iwemki und bei Tscherepowetz vorbereiteten, um uns von Perm und von Wiatka und somit von jeder Getreidezufuhr abzuschneiden. Sie bereiten eine Reihe von Sprengungen unserer Fabriken und Werkstätten und Entgleisungen von Eisenbahnzügen vor. Sie haben eine Reihe von Attentaten schon ausgeführt, kurz, sie machen alles mögliche, um ihre Tschecho-Slowaken zu unterstützen, den russischen Gutsbesitzern ihr Land zurückzugeben, die Arbeiter in die neue Sklaverei zu drängen, und uns zu zwingen, gegen die Deutschen, ihre Konkurrenten, einen neuen Krieg zu eröffnen. Die englischen Mörder sehen in Gedanken Rußland als ihre Kolonie an. Sie wollen mit uns ebenso verfahren, wie sie in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts mit China verfuhren. Die Räuber des europäischen Imperialismus, diese schuftigen Erwürger der Freiheit, sind zu allem bereit. Den Genossen Uritzky haben sie ermordet, weil er die Fäden einer englischen Verschwörung in Petersburg in seine Hand bekommen hat, doch den englischen Agenten ist es nicht gelungen, die Spuren ihrer gemeinen Verschwörung zu verwischen.

Am 31. August 6 Uhr abends wurde durch unsere Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution im Gebäude des englischen Konsulats in Petersburg eine der Hauptgruppen der englischen Verschwörer entdeckt. Zu einer Verschwörer-Versammlung im Gebäude des Konsulats wurden 5 russische Gegenrevolutionäre, darunter der junge Fürst Schachowskoj und gegen 25 englische Agenten verhaftet. Es wurden dort beschlagnahmt: eine Menge Waffen und ein umfangreicher Briefwechsel, der von uns veröffentlicht werden und der die englischen Verschwörer völlig bloßstellen wird. Als die Vertreter unserer Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution im Konsulatsgebäude erschienen, haben die englischen Verschwörer mit dem Hauptmann Cromie an der Spitze Feuer auf sie eröffnet und haben unseren Genossen Janson getötet und die Genossen Scheidemann und Wornowsky schwer verwundet; der letztere liegt jetzt im Sterben. Durch Zeugenaussagen einiger der Verhafteten wurde festgestellt, daß außer den oben aufgezählten Verbrechen, die englischen Agenten die Sprengung der wichtigsten Brücke über die Newa, welche die Nikolausbahn mit Finnland verbindet, vorbereiten. Ebenso wurde die Festnahme des Sowjets der Volkskommissare geplant.

Die ganze Welt weiß es, daß wir den Krieg mit England und Frankreich nicht gesucht haben und ihn auch jetzt nicht wollen. Wir wollen den Frieden des Sozialismus. Wir wollen, daß es den russischen Arbeitern und Bauern überlassen werde, ihr Leben so einzurichten, wie das Volk es wünscht. Wir würden niemals die Freiheit eines einzigen Franzosen oder Engländers angetastet haben, wir würden niemals das Gebäude der Botschaft durchsucht haben. Doch wir können nicht schweigen und alles über uns ergehen lassen, wenn die Botschaft sich in eine Verschwörer- und Mörderhölle verwandelt, wenn offizielle Persönlichkeiten, in unseren Territorien wohnend, ein Netz von tückischen Intrigen und bestialischen Verbrechen gegen unser Land flechten. Wir wissen, daß die käufliche Presse in England und Frankreich nicht die Wahrheit über die Ereignisse in Petersburg sagen wird. Man wird dort versuchen, das englische und französische Volk zu täuschen. Doch die Wahrheit wird siegen. Die ganze zivilisierte Welt wird erfahren, mit was für dunklen Verbrechen die Agenten des anglo-französischen Kapitalismus sich befleckt haben.

Moskau, den 5. September.

gez.:
Der Vorsitzende des Sowjets der Volkskommissare des Nordens: G. Sinowiew.

gez.:
Der Vorsitzende der außerordentlichen Kommission Dserschinsky.

gez.:
Der Kriegskommissar: W. Posern

gez.:
Der Kommissar für Volksaufklärung
A. Lunatscharsky.

* * *

Erklärung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten.

Zur selben Zeit, als unter Mitwirkung der Vertreter der neutralen Mächte die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik Unterhandlungen mit den Regierungen Englands und Frankreichs über den Austausch von diplomatischen Vertretern sowie überhaupt von Militär- und Zivilpersonen führte, kam es an den Tag, daß die diplomatischen und Militärvertreter Englands und Frankreichs ihre amtliche Stellung zur Organisation von Verschwörungen auf dem Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik benutzten, die darauf gerichtet waren, durch Bestechung und Agitation unter den Truppen den Rat der Volkskommissare in ihre Macht zu bekommen sowie die Schwächung der Sowjet-Regierung durch Sprengen von Brücken, Explosionen von Nahrungsmittellagern und von Eisenbahnzügen zu betreiben. Die in Händen der Regierung befindlichen Angaben sowie diejenigen, die schon teilweise in Erklärungen der außerordentlichen Untersuchungskommission und der Kommissare der nordischen Kommune enthalten sind, ergeben einwandfrei die Tatsache, daß die Fäden der Verschwörung in die Hände des Chefs der englischen Mission Lockhardt und seiner Agenten zusammenliefen. Es wurde ebenfals festgestellt, daß das Gebäude der englischen Gesandtschaft in Petrograd tatsächlich in eine konspirative Wohnung für die Verschwörer umgewandelt war. Unter diesen Umständen, getragen von dem aufrichtigen Wunsche, in vollem Maße die diplomatische Immunität und die Gepflogenheiten internationaler Beziehungen zu wahren, sah sich die Regierung der russischen Sowjet-Republik dennoch außerstande, den nach Rußland in der Eigenschaft diplomatischer und militärischer Vertreter gekommenen Personen uneingeschränkte Handlungsfreiheit zu lassen, als sie faktisch

die Rolle von Verschwörern gegen die Regierung Rußlands auf sich nahmen. Daher sah sich die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik genötigt, die der Beteiligung an Verschwörungen überführten Personen solchen Bedingungen zu unterwerfen, unter denen sie der Möglichkeit beraubt wurden, ihre vom Standpunkt des internationalen Rechts verbrecherische Tätigkeit fortzusetzen.

Da die englischen und französischen Truppen in das Territorium der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik eindringen zur Unterstützung offener Aufstände gegen die Sowjetherrschaft, während die diplomatischen Vertreter dieser Mächte innerhalb Rußlands Organisationen zu seinem Staatsumsturz schaffen und die Macht an sich zu reißen versuchen, so sieht die Regierung der russischen Republik unter dem Gebot der Notwendigkeit, koste es was es wolle, die notwendigen Maßnahmen zur Selbstverteidigung zu ergreifen. Alle internierten Vertreter der englischen und französischen Bourgeoisie, unter denen sich kein einziger Arbeiter befindet, werden sofort in Freiheit gesetzt werden, sobald die russischen Staatsangehörigen in England und Frankreich und im Okkupationsgebiet der verbündeten Truppen und der Tschecho-Slowaken Repressalien und Verfolgungen nicht länger ausgesetzt sein werden. Die englischen und französischen Staatsangehörigen werden sofort die Möglichkeit erhalten, das Territorium Rußlands zu verlassen, sobald dieselbe Möglichkeit den russischen Staatsangehörigen in England und Frankreich zugestanden wird. Die französischen Militärpersonen werden diese Möglichkeit erhalten, wenn russische Soldaten unter Anteilnahme des internationalen sowie des russischen Roten Kreuzes aus Frankreich zurückbefördert werden. Den diplomatischen Vertretern beider Teile, darunter dem Rädelsführer der Verschwörung, Lockhardt, wird die Möglichkeit zur gleichzeitigen Rückkehr eingeräumt werden. Schon nachdem die Regierung der Sowjetrepublik die obengenannten Entschließungen angenommen hatte, erhielt sie von der englischen Regierung die Funkspruchmitteilung, von der Verhaftung des Genossen Litwinow und seines Personals. Dieser Umstand kann von uns nur als eine überflüssige Bestätigung für die Richtigkeit unserer Handlungen und die völlige Berechtigung unserer Befürchtungen angesehen werden, als wir die Abreise Lockhardts und seiner Mitarbeiter aus Rußland vor der Abreise Litwinows aus England ablehnten. Die in dem englischen Funkspruch sowie in der gleichzeitig durch Funkspruch erhaltenen Erklärung der französischen Regierung enthaltene Drohung für den Fall der weiteren Inhaftierung englischer und französischen Staatsangehörigen individuelle Repressalien gegen alle hervorragenden Bolschewiks, die in die Hände der betreffenden Regierungen fallen sollten, anzuwenden, bedeutet für uns nichts neues, da schon jetzt derartige Repressalien, darunter die Füsilierung von Sowjetsmitgliedern im Okkupationsgebiet der Ententemächte, durchgeführt werden. Wir bleiben bei unserem früheren Vorschlage, auf Repressalien Verzicht zu leisten, falls die Ententemächte von solchen absehen sollten. Wie wir schon wiederholt darauf hingewiesen haben, beziehen sich unsere Vorsichtsmaßregeln ausschließlich auf die englische und französische Bourgeoisie, während wir keinen einzigen Arbeiter irgendwie einschränken werden.

Die Reichstagsersatzwahl im 1. Berliner Wahlkreise.

Die Wahl im 1. Berliner Wahlkreise ist auf den 15. Oktober festgesetzt. Die Wählerlisten liegen bis zum 17. September aus. Wer sich seines Wahlrechts vergewissern will, muß Einsicht in die Listen nehmen. Die Listen sind in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Wahlbüro, Stralauer Straße 44/45 einzusehen. Ueber die Nachfolge Kämpfs ist unter der Fortschrittlichen Volkspartei heftig gestritten worden. Schließlich entschied eine Vertrauensmännerversammlung mit einer Stimme Mehrheit für Herrn Justizrat Cassel. In der Freisinnspresse wurde die Cassellsche Kandidatur für verfehlt erachtet und für Herrn Dernburg Propaganda gemacht. Herr Dernburg war aber den Hausbesitzern ein Dorn im Auge. Her Cassel setzte sich dem Experiment nicht aus, daß eine Wählerversammlung noch anders entscheiden würde, und jedenfalls schweren Herzens gab er selber Veranlassung, daß eine zweite Vertrauensmännerversammlung sich mit der Kandidatenfrage erneut beschäftige. Herr Geheimrat Cassel entwickelte die Gründe, die ihn veranlaßten, die ihm angebotene Kandidatur, um die er sich nie beworben habe, abzulehnen. Auf seinen Vorschlag wurde nach eingehender Beratung Herr Geheimer Justizrat Maximilian Kempner in der schließlichen Endabstimmung mit allen gegen zwei Stimmen als alleiniger fortschrittlicher Kandidat der Wählerversammlung vorgeschlagen.

Herr Kempner ist Vertrauensmann der Berliner Hochfinanz, man kann ihn in zahlreichen Aktiengesellschaften als juristischer Berater finden.

Die liberale Presse Berlins ist ob ihrer Stellungnahme für Dernburg von verschiedenen Freisinnsgrößen angeekelt worden, was sie zu folgender öffentlicher Erklärung veranlaßt:

„In der Aussprache über die Kandidatenfrage für die Reichstagsnachwahl im ersten Berliner Kreise ist der liberalen Presse aus beteiligten Kreisen der Fortschrittlichen Volkspartei der Vorwurf gemacht worden, sie habe durch „Treibereien" der Partei eine bestimmte Kandidatur aufzwingen wollen. Die Redaktionen der unterzeichneten Zeitungen können darin einen berechtigten Vorwurf nicht erblicken. Es ist die Aufgabe und das gute Recht der Presse, die der Partei nahesteht, durch ihre Stellungnahme bei politischen Wahlen die Wähler aufzuklären und ihr diejenigen Kandidaten zu empfehlen, die sie für geeignet hält.

Die liberale Presse Berlins wahrt sich auch für zukünftige Wahlen durchaus das Recht ihrer Meinung. Gewisse einflußreiche Kreise in der Partei werden eben mit der bisherigen Gepflogenheit brechen müssen, die Presse vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihre Zustimmung zu solchen Beschlüssen, die innerhalb eines engen Kreises gefaßt sind, als selbstverständlich vorauszusetzen.

Berliner Börsen-Courier. Berliner Morgenpost.
Berliner Tageblatt. Berliner Volks-Zeitung.
Vossische Zeitung."

*

Die neue Kandidatur Kempner erfährt überall starke Anfeindungen. Im „Berliner Tageblatt" schreibt Dr. Paul Michaelis einen Leitartikel über die Kandidatenfrage, in dem er zur Ablehnung einer Kandidatur Kempner kommt, weil dieser vielseitige Mann ein unpolitischer Kandidat sei. Herr Dernburg sei der geeignete Mann der Zeit. In der „Vossischen Zeitung" legt Herr Georg Bernhard also los:

„In ihrem Uebereifer haben sie übersehen, daß dem schließlich von Geheimrat Cassel selbst vorgeschlagenen Kandidaten ja genau die gleichen Dinge zum Vorwurf gemacht werden könnten, die angeblich ein Kesseltreiben gegen den Staatssekretär Dernburg in Bewegung setzen sollten. Auch Geheimrat Kempner, der eine große Zahl von Aufsichtsratsstellen inne hat, unterhält die engsten Beziehungen zu den Großbanken. Und beim Krach der Sandenbanken und der Pommernbank, bei der Gründung der Deutschen Grundschuldbank, sowie bei einer Reihe von großen Kali-Transaktionen ist er Schulter an Schulter mit Herrn Dernburg tätig gewesen. Es zeigt sich hier eben wieder einmal, daß blinder Eifer schadet."

So sieht es also in der Fortschrittlichen Volkspartei aus.

*

Der Wahlkreis umfaßt die Wahlbezirke 1 bis 18 und 661 bis 668, welche gebildet sind aus den Stadtbezirken 1 bis 20, 283 bis 284 C und von Stadtbezirk 144: Kleine Kurstraße 9, Niederwallstraße 24 und 25, Spittelmarkt 14 und 14a, mit Ausschluß von Alexanderstraße 18 (Stadtbezirk 3), Kleine Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 (Stadtbezirk 5); ferner scheiden aus: Kurfürstenplatz, der nordwestliche Teil des Tiergartens, begrenzt im Süden von der Charlottenburger Chaussee und im Westen vom Spreewege, Zeltenallee (Stadtbezirk 283), Bellevueufer, der nördlich der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Großen Stern und der neuen Weichbildgrenze belegene Teil des Tiergartens, einschließlich Schloß und Park Bellevue (Stadtbezirk 284 A und B).

*

Am Montag abend hat eine Wählerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei zur Kandidatenfrage Stellung genommen. Nach längerer Debatte wurde abgestimmt. Für Herrn Kempner wurden 103, für Dernburg 90 Stimmen abgegeben. Herr Kempner ist damit als Kandidat nominiert.

*

Der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. In der am 11. September abgehaltenen Mitgliederversammlung des I. Berliner Reichstagswahlkreises der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde auf Empfehlung des Genossen Adolf Hoffmann der Genosse

Richard Müller, Metallarbeiter,

als Kandidat des I. Kreises einstimmig empfohlen. Richard Müller steht zurzeit als Landsturmmann bei einem Inft.-Ersatz-Bataillon.

Die notwendigen Schritte, um ihm die Möglichkeit zu geben, vor den Wählern sprechen zu können, sind in die Wege geleitet.

Groß-Berliner Chronik.

Warum wir unbesieglich sind, hat der Sportberichterstatter der „Kriegszeitung" herausgefunden. In einem Sportbericht über das Grunewaldrennen wird mitgeteilt, daß auch der Hetmann der Ukraine dem Rennen beigewohnt habe. In dem Bericht heißt es:

„Ein hoher Gast wohnte den Rennen bei: der Hetmann der Ukraine, sein Gesandter Baron Steinheil und ein zahlreiches Gefolge, fast durchweg in malerischer Nationaltracht, schauten vom Fürstenbau aus dem bunten Treiben auf dem grünen Rasen und auf den Riesenplätzen zu; die Spitzen des Unionklubs standen ihnen erläuternd zur Seite. Mehrfach begaben sich die Herren zum Sattelplatz und besuchten auch die Wage; sie müssen von dem Leben und Treiben auf dem Rennplatz einen überwältigenden Eindruck bekommen haben. Wenn ein Volk, das vier lange Jahre die ganze Welt zum Feinde hat, für solche Veranstaltung Renntag für Renntag noch immer Interesse, Geld, Menschen und wohlgefütterte Pferde von höchster Leistungsfähigkeit bereitstellen kann, dann ist es unbesieglich. Diese Erkenntnis wird sich auch bei den hohen Gästen durchgerungen und ihre Freude darüber erhöht haben, so daß sie als die ersten unserer Gegner in die so oft gebotene Friedenshand eingeschlagen haben."

Nun wissen wir es, warum wir unbesieglich sind. Deshalb sind anscheinend auch 23 weitere Renntage genehmigt worden.

Maßnahmen gegen geschlossene Gesellschaften. Die Berliner Polizei hat „zwecks einheitlicher Handhabung der Erlaubnis für Tanzlustbarkeiten" die polizeilichen Organe darauf hingewiesen, daß öffentliche Tanzlustbarkeiten unter Zustimmung des Oberkommandos in den Marken bis auf weiteres gänzlich zu untersagen sind. Für Tanzlustbarkeiten in Vereinen, geschlossenen Gesellschaften usw. ist die Erlaubnis nur dann zu geben, wenn sie nach den geltenden Bestimmungen nicht verweigert werden darf. In allen anderen Fällen ist jedoch die geplante Veranstaltung durch weitgehende Anforderungen zu erschweren und nach Möglichkeit zu verbieten. Dies hat in allen Fällen zu geschehen, in denen anzunehmen ist, daß die Vereine nur zum Zwecke des Vergnügens begründet sind, ferner in allen Fällen zweifelhaften Vereinszweckes, wenn die Anzahl der passiven Mitglieder die der aktiven wesentlich übersteigt, wenn keine festen Jahresbeiträge, sondern nur Zahlungen aus Anlaß bestimmter Veranstaltungen eingezogen werden usw. Genehmigung zu Veranstaltungen kann nur unter folgenden Bedingungen erteilt werden: An den Vergnügen dürfen nur die nächsten Angehörigen der Mitglieder, wie Eltern, Geschwister, Ehefrauen, Kinder und Verlobte teilnehmen. Jedes Nichtmitglied muß sich im Besitze einer Karte befinden, des Mitgliedes, durch das er eingeführt ist, sowie der Grad der Verwandtschaft zum einführenden Mitglied. Diese Ausweiskarten der Nichtmitglieder müssen vom Vorsitzenden unterschrieben sein und sind außer den besonderen für die Veranstaltung gedruckten Eintrittskarten beim Betreten des Saales vorzuzeigen.

Diese Bestimmungen lassen in gewissen Punkten sich nicht mit dem Vereinsrecht vereinbaren. Die Verordnung eröffnet den untergeordneten Organen der Polizei Gelegenheit zu ziemlich willkürlichen Maßnahmen.

Ein Plakatanschlag des Oberbefehlshabers. An den Berliner Anschlagsäulen und in den Vororten ist folgende Bekanntmachung zu lesen, die wir noch nachträglich registrieren wollen:

An die Bevölkerung Berlins und der Marken!

Törichtes Geschwätz, leichtfertiges Gerede, in einzelnen Fällen wohl auch landesverräterische Böswilligkeit verbreiten jeder tatsächlichen Unterlagen entbehrende Gerüchte, übertriebene vorübergehende Erfolge der Feinde und ihrer Machtmittel, bezweifeln unsere eigene wirtschaftliche Widerstandskraft und verringern die bewundernswürdigen Leistungen unserer trefflichen, dem Feinde siegreich standhaltenden Streitkräfte. Dieses Treiben ist geeignet, das durch die Tatsachen vollauf gerechtfertigte unbedingte Vertrauen auf den schließlichen Sieg und den gegenüber dem Vernichtungswillen unserer Gegner gebotenen und auch vorhandenen ehernen Willen zum Durchhalten zu erschüttern. Ich habe mich daher genötigt gesehen, die nebenstehende Verordnung zu erlassen. Ich hoffe aber im Vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Bevölkerung, daß es nur dieser Mahnung bedarf, um Wandel zu schaffen und daß Bestrafungen nur in seltenen Fällen notwendig werden.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
v. Linsingen, Generaloberst.

Die erwähnte Verordnung lautet:

Oberkommando in den Marken. **Berlin W. 10, 2. Septbr. 1918.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg: Wer ein nicht erwiesen wahres Gerücht, das geeignet ist, die Bevölkerung zu beunruhigen, austrägt oder unbefugt weitergibt oder verbreitet, wird, auch wenn er die Wahrheit des Gerüchtes bezweifelt oder bestreitet, sofern nach bestehenden Gesetzen keine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
v. Linsingen, Generaloberst.

Aehnliche Verordnungen sind auch in Breslau, Halle und Weimar erlassen worden.

Vor einiger Zeit gab der Oberbefehlshaber in den Marken folgendes bekannt:

Offiziere mit Polizeibefugnis.

„Ich verleihe den Offizieren und Beamten sämtlicher militärischen Polizeistellen des Heimatsgebietes mit Ausnahme von Bayern bei Vornahme von Amtshandlungen innerhalb meines Befehlsbereichs die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft."

Die neuen Portopreise. Im „Reichsanzeiger befindet sich eine Bekanntmachung über die Veränderungen im Posttarif, die bekanntlich am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten. Die Bekanntmachung bringt eine wesentliche Erhöhung der Brief-, Drucksachen-, Postanweisungs- und Telegrammgebühren, die bekanntlich im Kriege bereits einmal und zwar teilweise um 50 Prozent heraufgesetzt wurden. Die neuen Gebührensätze betragen: Ortsbriefe bis 20 Gramm 10 Pfg., über 20 Gramm bis 250 Gramm 15 Pfg. (gegen bisher 7½ Pfg.). Nichtfreigemacht kosten die Ortsbriefe 20 und 30 Pfg. Postkarten im Orts- und Nachbarortsverkehr 7½ Pfg., im sonstigen Verkehr 10 Pfg. (gegen bisher 7½ Pfg.). Nichtfreigemacht kosten die Postkarten 15 und 20 Pfg. Drucksachen bis 50 Gramm 5, bis 100 Gramm 7½, bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25, bis 1 Kilo 35 Pfg. (bisher 3, 5, 10, 20 und 30 Pfg.) Für von der Reichsabgabe befreite Drucksachen, die

1. nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten, wenn die Zeitungen oder Zeitschriften vom Verleger an andere Zeitungsverleger oder an Personen verschickt werden, die sich nicht gewerbsmäßig mit dem Vertrieb dieser Zeitungen oder Zeitschriften befassen,

2. nur politische, Handels- oder andere Nachrichten allgemeiner Bedeutung enthalten, wenn diese Nachrichten von Nachrichtenbüros an Zeitungen, Zeitschriften oder Zeitungsverleger verschickt werden, beträgt die Gebühr nach den oben angegebenen Gewichten 3, 5, 10, 20 und 30 Pfg.

Von der Reichsabgabe befreite Drucksachen müssen mit der deutlichen Angabe des Absenders und, je nachdem es sich um Zeitungen und Zeitschriften oder Nachrichten handelt, mit der Bezeichnung „Zeitungen, Zeitschriften" oder „Nachrichten" versehen sein. Sie dürfen nur bei der postseitig bestimmten Postanstalt aufgeliefert werden. Bei Nachrichtensendungen muß

aus der Aufschrift hervorgehen, daß der Absender ein Nachrichtenbüro und der Empfänger eine Zeitung, Zeitschrift oder ein Zeitungsverleger ist. Nichtfreigemachte Drucksachen werden nicht abgesandt.

Geschäftspapiere: bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25, bis 1 Kilo 35 Pfg. (früher 10, 20 und 30 Pfg.). Warenproben: bis 100 Gramm 10, bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25 Pfg. Postanweisungen: bis 5 Mark 15, bis 100 Mark 25, bis 200 Mark 40, bis 400 Mark 50, bis 600 Mark 60, bis 800 Mark 70 Pfennig (bisher 10, 20, 30, 40, 50 und 60 Pfg.).

Bei Briefen im Orts- und Nachbarortsverkehr, bei Postkarten im Fernverkehr sowie bei Drucksachen (Blindenschriftsendungen), Geschäftspapieren, Warenproben über 100 Gramm und Mischsendungen, die nach den bisherigen Sätzen freigemacht sind, ist während der Monate Oktober und November 1918 nur der an dem Satze für freigemachte Sendungen fehlende Betrag, unter Abrundung etwaiger Bruchpfennige auf volle Pfennige aufwärts, nachzuerheben.

Arbeiter-Bildungsschule.

Wie bereits angekündigt worden ist, beginnt die Arbeiterbildungsschule ihre Lehrtätigkeit mit Anfang Oktober. Auch für den 5. Kriegswinter sind Kursusthemen vorgesehen, die besonders wichtige, durch den Weltkrieg brennend gewordene wissenschaftliche Probleme behandeln. Sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten, wird die Aufgabe der Arbeiter-Bildungsschule sein. An solchen Kursen, die je zehn Abende umfassen, werden in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1918 abgehalten:

1. Ein Kursus über das Thema: Die Geschichte der sozialistischen Utopien. Vortragender ist Genosse Hermann Duncker. Dieser Kursus beginnt am Montag, den 7. Oktober.

2. Ein Kursus, der die Geschichte der Internationale während des Weltkrieges behandeln wird. Vortragender ist Genosse Emil Eichhorn. Der Kursus beginnt Dienstag, den 8. Oktober.

3. Ein besonders für Jugendliche bestimmter Kursus, der eine Einführung in die Volkswirtschaft geben soll. Vortragende ist Genossin Mathilde Wurm. Beginn: Donnerstag, den 10. Oktober.

4. Ein Kursus über das Thema: „Rußland vom Jahre 1905 bis zum Jahre 1918". Vortragender ist Genosse Ernst Däumig. Der Kursus beginnt Freitag, den 11. Oktober.

Die Kurse beginnen alle pünktlich um 8½ Uhr abends und enden gegen 10 Uhr. Das Hörergeld beträgt 1 Mark. Für die Jugendlichen, die sich als Mitglieder der Freien Jugend Groß-Berlins legitimieren, beträgt das Hörergeld 50 Pf.

Neben diesen Wochenkursen sind noch folgende Sonntagsveranstaltungen vorgesehen:

1. Ein literarischer Vortragszyklus, der 4 Abende umfassen und das Thema: „Der moderne Roman" behandeln wird. Vortragender ist der Genosse Emil Eichhorn. Jeder Vortrag wird in sich abgeschlossen sein. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfennig für den Abend. Diese Vorträge finden statt am 6., 13., 20. und 27. Oktober. Beginn abends 8 Uhr.

Am 3., 10. und 17. November, sowie am 1. und 8. Dezember findet ein musikalischer Vortragszyklus statt, der vom Genossen Leo Kestenberg gehalten wird. Dieser Kursus wird eine Einführung in das Verständnis von Musikwerken (Lied- und Instrumentalmusik) bringen und durch Vorträge am Klavier und Gesang erläutert werden. Das Eintrittsgeld für diesen Vortragszyklus beträgt mit Rücksicht auf die Unkosten 30 Pf. für den Abend.

Am Sonntag, den 15. und 22. Dezember, wird je ein wissenschaftlicher oder künstlerischer Einzelvortrag gehalten werden, dessen Thema noch bekannt gegeben wird.

An künstlerischen Veranstaltungen sind vom Bezirksbildungsausschuß 3 größere Kunstabende im Laufe des Winter-Halbjahres geplant und zwar am 19. Oktober, 30. November 1918 und am 15. Februar 1919. Der erste dieser Kunstabende am 19. Oktober findet im „Deutschen Hof", Luckauerstraße, statt. Das Programm wird eine künstlerisch wertvolle Auswahl von musikalischen Darbietungen und Rezitationen bringen. Mit der Ausgabe der Karten an die Organisationen wird in nächster Zeit begonnen werden. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark.

Die Berliner Genossinnen und Genossen werden ersucht, auch in diesem Kriegswinter von den künstlerischen und wissenschaftlichen Veranstaltungen der Arbeiter-Bildungsschule regen Gebrauch zu machen und für einen guten Besuch zu sorgen. Jedes Mitglied unserer Organisation muß es für eine Ehrenpflicht erachten, das Bildungsinstitut der Berliner Arbeiterschaft in den Stürmen der Kriegszeit aufrecht zu erhalten und damit dem wissenschaftlichen Sozialismus, dank der eigenen Kraft der Arbeiterschaft, in der Reichshauptstadt eine Stätte zu sichern.

* * *

Die Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule wird mit Beginn des Unterrichtes wieder an allen Kursusabenden geöffnet sein. Ihr reichhaltiges Büchermaterial steht den Hörern, sowie den Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisation unentgeltlich zur Verfügung. Als Legitimation genügt Hörerkarte oder Mitgliedsbuch. Es wird ersucht, auch von dieser Bildungsmöglichkeit regen Gebrauch zu machen.

An unsere Postabonnenten!

Unseren Postabonnenten zur gefl. Mitteilung, daß der Bezugspreis des Mitteilungsblattes vom 1. Oktober ab hat erhöht werden müssen.

Das Mitteilungsblatt kostet vom 1. Oktober ab durch die Post bezogen

pro Vierteljahr 2,10 Mk. mit Bestellgeld.

Wir bitten unsere Postbezieher, ihr Abonnement umgehend bei der Postanstalt zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes keine Unterbrechung eintritt.

Verlag des Mitteilungsblattes,
Schicklerstraße 5.

Quittung.

An Gelder gingen ein: 15 Mk. zwei Wettende Frankfurt a. O.

Der Kasse des 4. Kreises wurden zugeführt: Deichmann 20,—, Jurte 2,—, E. Liebe 1,30, H. Knappe 1,30, G. Blümke 8,—, M. Nerkut 1,30, 3/71 15,—, Kauert 3,—, Schünemann 2,60, Schünemann 8,—, Otto Friedrich 1,30, E. Reinhardt 1,30, W. Schmiechen 5,—, K. Geiler 1,30, P. Drader 1,30, R. Zimmermann 1,30, W. Richter 1,70, O. Fenselau 1,30, W. Düring 1,30, A. Frömel 1,30, P. Friedrich 1,40, J. Glaß 1,30, M. Heinrich 1,30, A. Gohlke 1,30, W. Schmiechen 5,—, R. Tietel 1,30, E. Spatzier 1,30, A. Spatzier 1,30, K. Hauck 1,30 Mk.

H. Barenthin, Stralauer Platz 10/11.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gingen im Monat August bei dem Unterzeichneten ein: L.-München 68,25, K.-Celle 20,—, T.-Gröba a. E. 66,96, K.-Hamburg 312,30, B.-Döhlen (Groß-Dresden) 233,—, P. im Felde 1,—, K.-Wismar 5,—, durch O. Büchner (Beitrag der Reichstagsfraktion) 2000,—, G.-Stettin 52,25, T.-Görlitz 6,—, H.-Schweinfurt 57,04, N.-Bezirk Magdeburg 42,80, durch Genossen Paul Hoffmann 1868,45, Gefr. G. 2,—. Zur Agitation 4,—, Verband Groß-Berlin a conto 1. Quartal 3557,50, N.-Jena 21,—, B.-Nürnberg 281,12, von einem Freunde der Partei 20,—, O.-Mügeln 120,24, durch F.-Magdeburg 108,— Mk.

Zu Unterstützungszwecken gingen im Laufe des Monats August bei dem Unterzeichneten ein: Dr.-Elsterberg 8,25, durch B.-Stuttgart 300,—, durch Frau K. 4,—, P.-Mannheim 51,—, G.-Oslebshausen 5,— Mk.

Ernst Däumig,
Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof 3 Tr.
(Postscheckkonto Nr. 32287.)

Aus den Organisationen.

Vierter Wahlkreis. Vom 16. September ab befindet sich das **Büro Königsberger Straße 27,** Hof, Stfl. I.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 15. Sept., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17 Neukölln, „Idealkasino", Weichselstr. 8; Oberschöneweide Wilhelminenhofstr. 43 bei O. Pamp: „Freireligiöse Vorlesung". — Vorm. 10½ Uhr, Kl. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Paul Krische: „Das Heimatproblem der modernen Menschen." — Gäste willkommen.

Berlin-Borsigwalde. Der Borsigwalder-Wittenauer sozialdemokratische Wahlverein U. S. P. veranstaltet am Sonntag, den 15. September, im „Schweizerhaus", Waidmannslust, Dianastr. 36, ein Sommerfest, zu welchem freundlichst einladet

Anfang 3 Uhr. J. A.: **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen herzlichen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Sohnes

Alexis Neumann
Jungstr. 33/34

sagen wir dem Unabh. soz. Wahlverein, Bez. Lichtenberg, den Kollegen der Firma Schulze, dem Köpenick-Köhlerschen Quartett, dem Redner Barenthin und allen Freunden, Bekannten und Verwandten unseren herzlichsten Dank.

Ww. Emma Neumann, Jungstr. 33/34.
Ww. H. Sänger, als Mutter, Oppelner Str. 6.

Unserer lieben Genossin

Marie Blum

zu ihrer am 14. September stattfindenden Vermählun die **herzlichsten Glückwünsche.**

Die Genossinnen des Leseabends des 5. Kreises.

Schmerzerfüllt erhielten wir die traurige Kunde, daß am 23. August unser inniggeliebter, jüngster Sohn und Bruder, der Musketier

Bruno Freigang

vom 87. Infanterie-Regiment, 9 Tage vor vollendetem 20. Lebensjahre, auf dem Schlachtfelde im Westen sein junges, blühendes Leben aushauchte.

Kaum den Kinderschuhen entwachsen,
riß man ihn vom Elternhause,
sehnsüchtig stand sein Sinn nach dort zurück.
Jedoch trotz 14 monatiger Seelenqual
war dieser Wunsch versagt ihm allemal.
Jäh forderte das Mordgeschoß sein Opfer.

Berlin-Treptow, den 5. Sept. 1918.
Graetzstr. 24.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Max Freigang und Frau.
Kurt und **Gertrud Freigang.**

Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Nachruf!

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am Donnerstag, den 5. September, die Genossin, Frau

Frieda Teichert
geb. Oehme
Baumschulenstr. 84/85, Bez. 8,

33 Jahre alt, infolge einer Operation plötzlich verstorben ist.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. **Der Vorstand.**

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 3. Juli verstarb an den Folgen des Krieges unser Genosse, der Barbier

Paul Lipinski
Wiener Straße 53, Bez. 197 II.

Im August fiel unser Genosse, der Maurer

Albert Mattyka
Forsterstr. 51, Bez. 201.

5. Wahlkreis.

Am 19. August fiel unser lieber Genosse, der Gastwirt

Hermann Hasche
Marienburger Straße, 1. Abteilung.

Er war einer von denen, die wußten, welchen Weg sie zu gehen hatten, um den Parteigrundsätzen treu zu bleiben. Wir werden uns stets seiner erinnern. **Der Vorstand.**

6. Wahlkreis.

Am 27. August fiel unser Genosse, der 22jährige Packer

Oskar Schulze
Schererstr. 5, 20, Abt., Bez. 793.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Lichtenberg.

Unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß der Genosse

Otto Monte
3. Viertel

an den Folgen seiner Verwundung verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Im August verstarb unser Genosse, der Schlosser

Willi Weiß
Koppenstr. 59, Bezirk 312.

Ehre seinem Andenken!

Redaktionsschluß: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.

Beilage zu Nr. 24 des „Mitteilungsblattes“.

Die Unschuldslämmer.

I.

Lord Cecil hat in seinem, für die Propaganda in Neutralien bestimmten Ausführungen das Deutschland der Alldeutschen dem Deutschland der Friedensfreunde gegenüber gestellt. Darauf große Entrüstung bei den Alldeutschen, die soweit geht, daß sie Lord Cecil entgegenhalten, daß es in Deutschland überhaupt keine Alldeutschen gäbe. Herr Stresemann, dessen letzte Rede ausgerechnet eine Friedenspropagandarede sein sollte, hat allen Ernstes ausgeführt, daß die Gestalt des Alldeutschen überhaupt nur ein Phantom sei, das man erst in England zu Propagandazwecken gegen Deutschland geschaffen habe, und die „Kölnische Zeitung“ macht sich diese Finte schleunigst zu eigen, indem sie gegen Cecil schreibt:

„Er wendet auch hier wieder den schon so oft aufgedeckten Kniff an, sich ein vom Chauvinismus besessenes Deutschland zu konstruieren, um dann gegen diesen Popanz anzurennen. Daß die Alldeutschen bei uns eine verschwindende Minderheit bilden, sollte nun im Laufe der Dinge selbst der deutschfeindlichste Neutrale haben erkennen müssen“

In Wahrheit bildet in der Geistesgeschichte des heutigen Deutschland der alldeutsche Gedankenkreis eine Macht, deren ungeheurer Einfluß von ihren Gegnern lange verkannt wurde. Es war vor dem Kriege und selbst nachher Gepflogenheit, die Alldeutschen als ein kleines Häuflein von Professoren und Oberlehrern hinzustellen, deren Aufgeregtheit nicht ernst zu nehmen sei. Dies war ein großer Irrtum. Schon ein Blick auf die Leitung des Alldeutschen Verbandes*) zeigt uns zahlreiche Angehörige jener Schichten, die in Deutschland die größte Macht ausüben Die Hauptleitung bestand 1914 aus Exzellenz Admiral Breusing, Exzellenz Generalleutnant v. Liebert, Generalmajor Keim, Major Freiherrn v. Stöffel, Rechtsanwalt Claß und Reedereibesitzer Itzenplitz. Zwei Drittel der Hauptleitung entfielen also auf militärische Mitglieder von hohem Range**). Im Ausschuß und Vorstand finden wir noch unter anderen Exzellenz Generalleutnant v. Wrochen, Exzellenz General der Kavallerie Freiherrn v. Gebsattel, Oberstleutnant Lehmann, Major Mey, von Geistlichen unter anderen den Generalsuperintendenten Klingemann und Hauptpastor Wagener, zahlreiche Geheimräte, Hochschulprofessoren, höhere Beamte, Rechtsanwälte, Aerzte, Zeitungsbesitzer, Fabrikanten, Kaufleute. Aus der Industrie fällt vor allem der Name Kirdorf auf, der des mächtigsten Mannes der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Unter den Reichstagsmitgliedern, die dem Alldeutschen Verband angehören, finden wir ferner den größten Lederindustriellen Deutschlands, den geheimen Kommerzienrat Freiherrn v. Heyl zu Herrnsheim.

Die alldeutschen Ideen beschränken sich nun keineswegs auf diesen Verband, der mit seinen einflußreichen und kapitalskräftigen Mitgliedern, seinen zahlreichen Ortsgruppen, seiner weitverbreiteten Presse einen sehr großen Teil des deutschen Bürgertums richtunggebend beeinflußt. Die nationalliberale Partei unterliegt heute größtenteils diesem Einfluß, aber die Wirkung der alldeutschen Ideen erstreckt sich noch viel weiter nach links, sie macht sich selbst in vielen großen Tagesblättern geltend, die dem Verband selbst keineswegs nahestehen. Seitdem die Alldeutschen mit der offiziellen Reichsregierung in einigen Widerstreit geraten sind, haben ja viele Blätter den Mut zur Opposition gegen alldeutsche „Uebertreibungen“ wiedergefunden. Aber dieselben Blätter haben vorher stets vermieden, der Verhetzung energisch entgegenzutreten, ganz im Gegenteil: sie haben unzählige Male selbst das Gift weiterverbreitet, obwohl sie, Gott behüte, sich nie selbst als alldeutsch bekannt hätten. Diese Feigheit der sogenannten Liberalen, die Gesinnungsschwäche, in die das deutsche Bürgertum versunken ist, leisten der alldeutschen Propaganda wirksam Vorschub. Wir beabsichtigen nun, hier weder die Geschichte noch die Betätigung der Alldeutschen im Kriege darzustellen***). Man hat ja täglich Gelegenheit, ihre Geistesblüten zu bestaunen, und immer wieder entgegnen die Beschwichtigungsmeier: das ist eben Kriegspsychose, die Leute sind nicht ernst zu nehmen und so weiter. Auch andere Völker haben im Kriege Ausbrüche des ärgsten Chauvinismus aufzuweisen. Das Besondere der deutschen Entwicklung liegt eben darin, daß die Alldeutschen schon im Frieden von einer Kriegspsychose besessen waren, daß sie geradezu nach dem Kriege lechzten. Die französische Revanchesucht war im Aussterben begriffen, doch die alldeutsche Hetze, die in der Marokkosache eine gute Gelegenheit fand, hat sie wieder aufflackern lassen. Wenn in England Feindseligkeit gegen Deutschland aufkam, so können sich die Alldeutschen dessen rühmen. Aber selbst das Aergste, was in England vor dem Kriege geschrieben und gesagt wurde, ging doch immer von dem Glauben aus, daß Deutschland Böses im Schilde führe. Die Alldeutschen bekannten dagegen vielfach offen, daß ihr Streben nicht der Abwehr feindlicher Absichten gelte, sondern daß man angriffsweise Macht, Ruhm und Neuland erringen müsse: sie predigten ein Evangelium des „gesunden nationalen Egoismus“, dessen Leitmotiv die Aufreizung zur rohesten Gewalt, die Verherrlichung des frischen, fröhlichen Krieges war. Selbstverständlich wurden daneben auch der Chauvinismus und die Kriegslust der anderen Nationen als Gefahr für Deutschland kraß ausgemalt und vor allem die „Lebensnotwendigkeit“ der Eroberung eines Weltreiches vorangestellt. Dies machte tatsächlich auch auf solche Kreise Eindruck, die dem „Krieg an sich“ noch keinen Geschmack abgewinnen konnten.

Die Ueberzeugung, daß Deutschland um jeden Preis neue Kolonien erwerben müsse, wurde nach und nach Gemeingut eines sehr großen Teiles des deutschen Bürgertums. Ein so „gemäßigter“ und einflußreicher Mann wie Professor G. v. Schmoller, der dem wirtschaftlichen und politischen Denken von Generationen preußisch-deutscher Beamter die Richtung gegeben hat, schrieb zum Beispiel: „Wir müssen um jeden Preis wünschen, daß in Südbrasilien ein deutsches Land von 20 bis 30 Millionen Deutschen im folgenden Jahrhundert entstehe; einerlei, ob es ein Teil Brasiliens bleibt, ob es ein selbständiges Staatsgebilde wird, ob es mit unserem Reiche in nähere Beziehung kommt; ohne eine durch Kriegsschiffe stets gesicherte Verbindung, ohne die Möglichkeit eines nachträglichen Auftretens von Deutschland dort ist diese Entwicklung bedroht†). Die Möglichkeit, dieses deutsche Land brauche kein Teil Deutschlands zu sein, wurde offenbar nur zur Beruhigung Brasiliens bemerkt, wozu freilich die darauffolgende Andeutung „nachdrücklichen Auftretens“ der deutschen Flotte kaum beigetragen haben dürfte. Aber wir führen dieses Beispiel nur als Beleg dafür an, mit welchen Zielen die Flottenagitation betrieben wurde, die den Alldeutschen reichlich Gelegenheit bot, die ausschweifendsten Eroberungsziele zu vertreten und vor allem Haß gegen England zu säen. Der Erfolg blieb nicht aus. Agressiver Imperialismus und Englandhaß ergriffen immer mehr die weitesten Kreise des Bürgertums. Ein streng konservativer und frommchristlich-gesinnter Mann, beileibe kein Alldeutscher, der damalige Oberregierungsrat und spätere Reichskanzler Michaelis, veröffentlichte schon 1897 im Verlage D. Reimer eine Schrift, in der es hieß: „Wer als Deutscher um die Erde reist, den kann die Empfindung eines gewaltigen Neidgefühls gegen England eigentlich gar nicht verlassen. Schon ists ein großer Gewinn, daß wir jetzt auf deutschen Schiffen reisen können; aber überall, wo wir vor Anker gehen: in Aden, in Colombo, in Singapore, in Hongkong, in Schanghai, wer hat sich hier breitgemacht? Der Engländer. Wir haben ja eigentlich zurzeit auf der Welt nur einen wirklichen Gegner und Feind: das ist der Engländer. Völkerkriege werden nur noch aus wirtschaftlichen Gründen geführt und unserer wirtschaftlichen Entwicklung steht der Engländer entgegen. Wir quellen in Deutschland über, wir müssen hinaus. Ueberall, wo wir hinwollen, steht der Engländer, breitbeinig und unverschämt, in der Haustür und will uns den Weg versperren.“

Die Alldeutschen sagten natürlich dasselbe in vielfach schärferer Tonart. Aber sie begnügten sich nicht damit, den Krieg als Mittel zum Landerwerb anzupreisen, sie verherrlichten ihn als höchsten Kulturfaktor, als nationales Heiligtum. Defensiv-, Revanche-, Präventiv-, ja Eroberungskriege haben auch andere empfohlen, aber die Betonung des Erziehungswertes, die Anbetung des „Krieges an sich“ ist ausschließlich den Alldeutschen und ihren Geistesverwandten in Deutschland eigen.

Wir betonen ausdrücklich, daß sich das gesamte nachfolgend mitgeteilte Material auf die Friedenszeit bezieht. Nicht im Kriege, sondern im vollen Frieden haben die Alldeutschen unaufhörlich zum Kriege aufgereizt und den Chauvinismus in allen Ländern eifrig geschürt.

Eine reiche Sammlung solcher Aufreizungen hat Professor Dr. Ofried Nippold in seiner Schrift „Der deutsche Chauvinismus“ 1913 (soeben in Zürich in neuer Auflage erschienen) zusammengestellt. Einige wenige Stellen seien hieraus wiedergegeben.

Schon der Sinn der Jugend wurde vergiftet. Der Bund Jungdeutschland, an dessen Spitze Generalfeldmarschall von der Goltz stand, und die deutsche Turnerschaft geben die „Jungdeutschlandpost“, Wochenschrift für Deutschlands Jugend heraus, in deren Nummer 4 vom 25. Januar 1913 ein Artikel stand, aus dem wir nun einige kurze Sätze herausheben, die für den Ton des Ganzen bezeichnend sind:

„Der Krieg ist die hehrste und heiligste Aeußerung menschlichen Handelns. Er gibt Gelegenheit, nach Gottes Geheiß das Höchste für die Brüder zu opfern, und schenkt dem Tapferen ewiges Leben.“ Auch uns wird einmal die frohe große Stunde eines Kampfes schlagen. In Tagen zweifelnder, vorläufig nur heimlich frohlockender Erwartung geht dann von Herz zu Herz und Mund zu Mund der alte königliche Ruf zur Schlacht: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Ein Schlachtenchoral ist das Lied und doch klingt jauchzend des „Deutschen Freude an Krieg und Heldensterben hinein.“ Sein Echo hallt bis in die fernsten Gäßchen mit dem jubelnden Gelöbnis: „Wir alle wollen Hüter sein!“ Ja, das wird eine frohe, eine große Stunde, die wir uns heimlich wünschen dürfen. Der laute Wunsch nach Krieg wird oft zu einem eitlen Prahlen und lächerlichem Säbelrasseln. Aber still und tief im deutschen Herzen muß die Freude am Kriege und ein Sehnen nach ihm leben, weil wir der Feinde genug haben und der Sieg nur einem Volke wird, das mit Sang und Klang zum Kriege wie zum Feste geht.“ „Verlachen wir also aus vollem Halse alte Weiber in Männerhosen, die den Krieg fürchten und darum jammern, er sei grausig oder häßlich. Nein, der Krieg ist schön. Seine hehre Größe hebt das Menschenherz hoch über Irdisches, Alltägliches hinaus . . . .“

*) Vergleiche Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 17. Auflage, 1914.

**) Diese Herren waren auch unermüdliche Wanderredner und Agitatoren. In gleichem Sinne wirkte noch eine ganze Reihe anderer Generale.

***) Der Verband hat selbst eine Geschichte seiner Tätigkeit herausgegeben. Vergleiche „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe“. 1910.

†) Handels- und Machtpolitik, Reden und Aufsätze von Schmoller, Sering, Wagner, 1900, Bd. I, Seite 35.

Kriegsziele.

Vor kurzem griffen deutsche und österreichische Blätter begierig eine Schweizer Meldung auf, nach der eine hervorragende Persönlichkeit in Frankreich wieder einmal das linke Rheinufer als Kriegsziel aufgestellt habe. Jeder vernünftige Leser mußte überzeugt sein, daß das französische Volk als solches keineswegs bereit ist, für diese und ähnliche Ideen seine ganze Kraft zu opfern. Jetzt erfahren wir aber sogar von einem im Grunde so nationalistischen Mann, wie dem Genossen Lebas, daß nicht einmal die rechtsstehenden Sozialisten daran denken, die Sehnsucht gewisser Leute nach dem linken Rheinufer zu unterstützen. Er beweist der „hervorragenden Persönlichkeit“, die sich als ein Schuldirektor in Agen entpuppt, daß weite Teile der Gegenden auf dem linken Rheinufer rein deutsche Bevölkerung haben, und daß eine Annexion dieser Gebiete ebenso scharf zu verurteilen sei wie die von Elsaß-Lothringen 1871.

Bei dieser Gelegenheit führt er Viktor Hugo an, der gewiß als guter Franzose auch von dem Schuldirektor geschätzt wird. Die Sätze Viktor Hugos, die er vor der Nationalversammlung am 1. Mai 1871 sprach, in denen er gegen die Besitzergreifung Elsaß-Lothringens protestierte, verdienen, noch einmal wiederholt zu werden. Er rief damals aus:

„Man wird Frankreich sich wieder aufrichten sehen, man wird es sehen, Lothringen, das Elsaß wieder nehmen. Und dann, ist das alles? Nein, man sieht es Trier, Mainz, Köln, Koblenz ergreifen, das ganze linke Rheinufer . . . Und man wird Frankreich rufen hören: Jetzt bin ich an der Reihe! Deutschland, ich bin da! Bin ich deine Feindin? Nein! Ich bin deine Schwester. Ich habe dir alles wieder genommen und gebe dir alles wieder, unter einer Bedingung: Das ist, daß wir nur ein einziges Volk bilden, eine einzige Familie, eine einzige Republik. Ich werde meine Festungen schleifen, du wirst die deinigen schleifen. Meine Rache ist die Verbrüderung! Keine Grenzen mehr! Der Rhein für alle! Laßt uns dieselbe Republik sein, laßt uns die Vereinigten Staaten von Europa sein, die kontinentale Föderation, laßt uns die europäische Freiheit sein, laßt uns der allgemeine Friede sein! . . .“

So faßte Viktor Hugo die Eroberung des linken Rheinufers auf. Das war sein Ziel. Lebas erweitert es, indem er nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle europäischen Staaten verschmelzen will.

Wenn aber selbst Lebas für diese Ideen eintritt, darf man dann überhaupt den Aeußerungen eines Schuldirektors aus Agen irgendwelche Bedeutung beimessen?

Aus dem Roten Hause.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag, den 5. September, ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Nicht in dem Sinne, daß die Arbeiten ruhen, wenn keine Plenarsitzungen stattfinden. Auch während der Sommerferien arbeiten die einzelnen Verwaltungen natürlich weiter und die Stadtverordneten, die als Mitglieder in den Deputationen und Kuratorien sitzen, haben auch in den Ferien ihr Stück Arbeit, oft mehr, als sonst.

Die Tagesordnung der ersten Sitzung war eine sehr reichhaltige. Mehrere Initiativanträge wurden aber zurückgestellt für eine spätere Sitzung Zur Verhandlung kam nur ein Initiativantrag der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, der die Einrichtung einer neuen Heimstätte für schwächliche und kränkliche Kinder fordert Stadtverordneter Dr. Weyl, U. S., wies auf die Notwendigkeit hin, Heimstätten zu schaffen. Die Ernährungsverhältnisse verschlechterten den Gesundheitszustand der Kinder. Der letzte Schularztbericht bezeuge dies. Wochenlang müssen die für die Aufnahme in Heimstätten empfohlenen Kinder warten, ehe sie Aufnahme fänden. Das sei ein Zustand, der nach Abhilfe verlange. Auch für tuberkulöse Kinder müßte gesorgt werden. Angesichts des wütenden Weltkrieges müßte für Wiederaufbau der deutschen Volkskraft Sorge getragen werden. Die Heimstätte in Heinersdorf, die gut geleitet werde, genüge nicht im mindesten. In Lanke oder auf der Insel Scharfenberg könnten sehr gut Einrichtungen für heimstättenbedürftige Kinder geschaffen werden.

Stadtmedizinalrat Dr. Weber erkannte die Berechtigung der Forderung an, wies aber darauf hin, daß der Magistrat drauf und dran sei, dieselbe zu erfüllen, wenn auch auf anderm Wege. In Lichtenrade würden vom 1. Oktober 100 Betten für schwächliche und kränkliche Kinder bereit stehen, in Borgsdorf, der neuen von der Stadt übernommenen Anstalt ständen 60 Betten bereit. Auch für tuberkulöse Kinder würde gesorgt werden. Nach Ansicht von Sachverständigen würde die Sonnenbestrahlung gute Dienste leisten. Vielleicht könnte Scharfenberg zu diesem Zwecke hergerichtet werden. Auch schwebten Verhandlungen wegen Versendung von Kindern an die See oder ins Gebirge. Unter der Voraussetzung, daß die angekündigten Pläne des Magistrats in Kürze in die Wirklichkeit umgesetzt werden, wurde unser Antrag vorläufig zurückgezogen.

Um die Krankenhäuser zu entlasten, sollen aus dem Krankenhause Entlassene ambulatorisch behandelt

werden können. Zu diesem Zwecke sollen in den Krankenhäusern Ambulatorien und Oberarztstellen eingerichtet werden. Daß man damit die Krankenhausnot beseitigt, wird kein vernünftiger Mensch annehmen. Man wird viele Leute frühzeitig aus dem Krankenhause hinausbugsieren, die noch krankenhausbedürftig sind. In einem Ausschusse soll die Sache noch geprüft werden, da verschiedene Redner vom ärztlichen Standpunkte manche Wünsche hatten.

Die Einrichtung von Säuglingspflegeschulen soll im Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhause und im Waisenhause erfolgen. Hierzu begründete Stadtv. Dr. Weyl einen Antrag, nach dem weder Ausbildungs- noch Verpflegungsgeld von den Schülerinnen erhoben werden soll. Der Stadtmedizinalrat erklärte, es würden einige Freistellen vorbehalten. Der Antrag unserer Genossen wurde daraufhin abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Für die öffentliche Beleuchtung der Straßen Berlins verlangt der Magistrat eine Nachbewilligung von 1 086 250 Mark.

Stadtv. Eichhorn U. S. weist darauf hin, daß die bisherige Minderbeleuchtung infolge Kohlenmangel auf eine Anordnung des Oberkommandos erfolgt sei und daß jetzt wiederum auf Veranlassung des Oberkommandos eine Heraufsetzung der Beleuchtungsquote erfolge. Diese Art der Behandlung der städtischen Verwaltung kontrastiere sehr mit der sogenannten Selbstverwaltung und erinnere an die Behandlung im besetzten Gebiete. Die gerügte Unsicherheit sei eine Folge des Krieges, der zur Verwilderung geführt habe. Da helfe nicht das Anstecken einiger Laternen. Man solle vielmehr den Annexionstreibern ein Licht aufstecken, die zur Verlängerung dieses entsetzlichen Krieges beitragen. Herr Stadtrat Rast meinte, daß die Heraufsetzung der Lichtquote vom Magistrat angeregt sei und Herr Momsen von der Freien Fraktion sagte so von oben herab, man könne sich hierbei nicht auf politische Erörterungen einlassen. Die Nachbewilligung erfolgte einstimmig.

Gelegentlich der Verlängerung von Mietsverträgen für städtische Steuerklassen verlangen die Vermieter Steigerungen in Höhe von 25 Prozent. Stadtverordneter Hintze (U. S.) geißelt diese Erhöhungen als exorbitante. Die Stadt dürfe nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen und solche Mietspreiserhöhungen sanktionieren, eventuell müßte die Stadt selber gegen allzu unverschämte Forderungen das Mietseinigungsamt anrufen. Leider habe der Magistrat sich mit den Forderungen einverstanden erklärt. Seine Freunde lehnten die Vorlage einfach ab. Schließlich wird nach einigen Bemerkungen von Momsen und Cassel beschlossen, die beiden Mietsvorlagen abzusetzen und dem Magistrat zurückzugeben mit dem Bemerken, mit dem Vermieter wegen Herabsetzung der Miete zu verhandeln.

Bei einer dritten Mietsvorlage wegen Steuerkassenräume in der Petersburgerstraße war Stadtv. Zubeil (U. S.) im Begriff, das vorläufig für einige Stadtteile versuchsweise zur Einführung gekommene Steuerbringsystem einer Kritik zu unterziehen. Dabei unterbrach ihn der Vorsteher mit dem Hinweis, daß das nicht zur Sache gehöre. Unsere Genossen protestierten laut gegen diese unerhörte Bevormundung. Der Vorsteher rief schließlich die Versammlung an, die für ihn entschied. Unsere Genossen brachten sofort einen Antrag ein, der die Beseitigung des Steuerbringsystem fordert und der nunmehr auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen muß.

Aus den zahlreichen ohne Debatte angenommenen Vorlagen ist besonders von Bedeutung der Bau einer zweiten Feuerbestattungsanlage in der Diesteinweyerstraße angesichts der stetigen Steigerung der Feuerbestattung. Dabei regt Stadtv. Adolf Hoffmann (U. S.) die Schaffung eines Dokumentenbuches an, in dem die heute noch notwendigen Erklärungen derjenigen aufbewahrt werden, die nach ihrem Tode eingeäschert werden wollen. Der Bürgermeister sagt zu, dieser Anregung nachzugehen.

Anträge der Abhängigen, die die Lebensmittelfrage, den Mieterschutz und die Umgestaltung der Armenverwaltung betreffen, werden zurückgestellt. Von der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion ist ein Antrag eingereicht, der den Magistrat ersucht, auf Herabsetzung der hohen Preise für die notwendigsten Lebensmittel bedacht zu sein.

Aus der Bewegung.

Unter den Regierungssozialisten sieht es gar nicht so einig aus, wie das oft hinzustellen versucht wird. Kürzlich hat der Macher der J. K., Herr Heilmann, in Luckenwalde seine bekannten Ansichten über die politische Lage und die Sozialdemokratie dargelegt. In der Diskussion traten ihm verschiedene Mitglieder entgegen. Die „Brandenburger Zeitung" bringt über die Diskussion folgenden Bericht:

„Genosse Mieles vertrat die Meinung, daß die Fraktion sich bei der Bewilligung der letzten Kriegskredite hätte der Stimme enthalten müssen, durch ihre Zustimmung sei in weite Kreise der Parteigenossenschaft Unzufriedenheit hineingetragen worden. Er warnte vor einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung, es werde dadurch sicher neuer schädigender Streit in die Arbeiterschaft hineingeworfen. Genosse Sailer führte aus, daß weite Kreise der Parteigenossen bestimmt erwartet hätten, die Fraktion würde im Hinblick auf die Haltung der Regierung gegenüber den Alldeutschen und der Reaktion in Preußen die Kriegskredite ablehnen. Leider sei dies nicht der Fall gewesen. Die Gründe, die Heilmann für die weitere Bewilligung der Kredite angeführt habe, seien nicht durchschlagend, auch bei deren Ablehnung würde das Volk an der Front und daheim seine Pflicht erfüllen. Es würde aber aus der Ablehnung ersehen, daß die Sozialdemokratie nicht länger gewillt ist, einer Regierung die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, die es an dem guten Willen und der nötigen Kraft fehlen lasse, nach außen und im Innern die Geschäfte des Deutschen Reiches so zu führen, wie dies im Interesse des allgemeinen Friedens und der Arbeiterklasse notwendig sei. Durch die gegenteilige Haltung entstehe eine Parteiverdrossenheit, die Schlimmes für die Zukunft befürchten lasse. Eine andere Stellungnahme der Fraktion würde auch einen anderen Geist in den Parteigenossen lebendig werden lassen. In der weiteren Diskussion, die sich bis zum Eintritt der Polizeistunde hinzog und in sehr sachlicher Weise geführt wurde, ergriffen Heilmann, Mieles, Sailer und andere Genossen wiederholt das Wort; kein einziger der Luckenwalder Genossen vertrat jedoch den Standpunkt des Genossen Heilmann. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, die übrigen Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt."

Die Luckenwalder Arbeiter werden einsehen müssen, daß eine entschiedene Politik im Interesse der Arbeiter nur von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei geübt wird. In Luckenwalde geht deshalb auch unsere Bewegung vorwärts. Halbheiten sind von Uebel.

Vertagung des Volksblattprozesses in Halle. In dem Feststellungsprozeß um das Besitzrecht unseres Halleschen Volksblattes war am 6. September Verhandlungstermin vor dem Oberlandesgericht in Naumburg. Die Regierungssozialisten hatten bekanntlich unter Hinweis auf die finanziellen Schwierigkeiten ihres Konkurrenzblattes in beschleunigtem Verfahren die Klage zur Feriensache erklären lassen und auf diese Weise die Terminvorverlegung vom 11. Dezember auf den 6. September erlangt. Zu einer Entscheidung ist es trotzdem nicht gekommen. Das Oberlandesgericht beschloß in Hinblick auf die vorliegenden Beweisanträge, ohne in die materielle Verhandlung einzutreten, Vertagung des Prozesses auf den 30. Oktober.

Sozialimperialistische Kampfhähne. Die Chemnitzer „Volksstimme" entrüstet sich über ein Flugblatt, das zur Propaganda für die 9. Kriegsanleihe herausgegeben wird und das folgenden Einleitungssatz enthält: „Der deutsche Sozialdemokrat Johann Plenge hat jüngst in seinem Buch „Die Revolutionierung der Revolutionäre" den verwegenen Satz ausgesprochen: „Wer den Sozialismus will, muß den Weltkrieg wollen". Das Chemnitzer Blatt weist entrüstet zurück, daß Plenge als Sozialdemokrat bezeichnet wird. Es sagt, daß dieser Herr Professor einmal in der „Glocke" Gelegenheit erhalten habe, „sich publizistisch auszuschreiben". In Wirklichkeit ist Herr Professor Plenge als begeisterter Anwalt des Staatskapitalismus ein ständiger Mitarbeiter der „Glocke". Das Chemnitzer Blatt hat mit seiner Abwehr Pech, denn gerade in Nr. 22 der „Glocke" vom 31. August befand sich wieder ein Artikel besagten Johann Plenges, betitelt „Marxismus und christlich-nationale Arbeiterschaft". In diesem Artikel redet Herr Plenge den Christlich-Nationalen gut zu und gibt ihnen folgende Mahnung mit auf den Weg: „Führt die heutigen Marxisten, wie Lensch, Renner usw., nicht nur lobend an, sondern verarbeitet ihre Gedankengänge und was ihnen zugrunde liegt, durchaus mit vollem Ernst, dann erst wird sich zeigen können, wie sich eine Verschmelzung der Ueberzeugungen endgültig vollzieht."

Es ist amüsant zu sehen, wie ausgerechnet die Chemnitzer „Volksstimme", die nicht um ein Haar besser ist als die „Glocke", gegen einen hervorragenden Mitarbeiter dieser Zeitschrift von Parvus Gnaden vom Leder zieht.

Eine weitere Katzbalgerei findet zurzeit zwischen Eduard David und Quessel und Cohen (Reuß) über das Programm der Ostpolitik statt. In der „Neuen Zeit" erhebt David lebhafte Anklagen gegen seine beiden Fraktionsbrüder, denen Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften" antwortet. Von sozialistischer Politik ist in den gelehrten Abhandlungen der drei keine Spur zu finden, sie bewegen sich alle in ausgesprochenen imperialistischen Gedankengängen.

Wes Geistes Kind diese hervorragenden Mitglieder in der abhängigen Fraktion sind, mag aus einigen Zitaten hervorgehen, die von der „Nationalliberalen Korrespondenz" mit Anerkennung verbreitet werden. So heißt es in dem Artikel Cohens in den „Sozialistischen Monatsheften" zu der Frage des unbeschränkten U-Bootkrieges u. a.:

„Daß man so lange zögerte, ihn (den Unterseebootkrieg) zu eröffnen, und kostbare, unwiederbringliche Zeit verloren gehen ließ, beweist, daß man so lange wie möglich den Charakter dieses Krieges als

Der Marxismus in Rußland.

Von A. Martynow.

IV.

Die russischen Marxisten der neunziger Jahre, die die Einschätzung der ökonomischen Bedingungen des gegenwärtigen Westens kritiklos auf den Boden Rußlands übertrugen, vertuschten viele revolutionäre Züge der Lehre Marxens, die entstanden war in der Epoche der westeuropäischen revolutionären Stürme und Katastrophen. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts trat an die Stelle des „Oekonomismus" eine neue revolutionäre Strömung, die an entgegengesetzten Verzerrungen des Marxismus litt.

Im Jahre 1899 nahm die wirtschaftliche Prosperität Rußlands ein Ende. Es zog eine industrielle Krise herauf, begleitet von Hungersnöten im Dorf. In den Arbeitermassen, die bereits von der sozialdemokratischen Agitation berührt waren und die Schule des Streikkampfes durchgemacht hatten, setzte unter dem Einfluß der industriellen Krise eine revolutionäre Bewegung ein, die sofort auf die Intelligenz, vor allem auf die studierende Jugend, übergriff. In dem vor kurzem noch einheitlichen Lager der marxistischen Intelligenz, die den Parolen des „Oekonomismus" folgte, trat ein Wirrwarr ein; einerseits trennten sich von ihm die liberalen Elemente, andererseits die demokratischen (die „Sozialrevolutionäre"), die die alten Anschauungen der „Narodniki", wenn auch in starkveränderter Form wieder ins Leben riefen.

Um sich den veränderten Verhältnissen der heraufziehenden Revolution anzupassen, mußte der Marxismus schnell einen Frontwechsel vornehmen und mit dem „Oekonomismus" brechen. Diese Aufgabe wurde von der Gruppe „Iskra" (Lenin, Martow, Potressow) übernommen, die sich mit der „Gruppe der Befreiung der Arbeit" (Plechanow, Axelrod, W. Sassulitsch) vereinigte, welche mit den opportunistischen Neigungen der russischen sozialdemokratischen Bewegung der zweiten Hälfte der neunziger Jahre äußerst unzufrieden war.

Vor der Gruppe „Iskra" stand von Anfang an eine doppelte Aufgabe: einerseits mußte sie einen theoretischen Kampf zur Verteidigung des revolutionären Marxismus führen, den bis dahin Plechanow allein geführt hatte; andererseits mußte sie jene umfassenden taktischen Aufgaben verwirklichen, die P. Axelrod in seinen, von tiefem politischen Sinn und historischer Erkenntnis erfüllten Aufsätzen: im Vorwort zur Broschüre „Ueber die Agitation", im Artikel „Zur Frage über die gegenwärtigen Aufgaben und die Taktik der russischen Sozialdemokraten" und in seiner Broschüre „Die geschichtliche Lage und die gegenseitigen Beziehungen der liberalen und sozialen Demokratie in Rußland" als erster in den neunziger Jahren aufgestellt hatte.

Welcher Art war nun die von Axelrod vertretene Auffassung der politischen Probleme der russischen Sozialdemokratie?

Zum Unterschiede von den sogenannten Oekonomisten zweifelte Axelrod auch in den neunziger Jahren nicht, daß das russische Proletariat in seinem Kampf gegen den zarischen Absolutismus Verbündete haben könne und haben werde, da an dem Sturz des Absolutismus verschiedene Klassen interessiert seien. Das Proletariat, sagte er, werde Verbündete finden sowohl im Lager der Liberalen, wie im Lager der demokratischen Intelligenz und der Bauernschaft. Hinsichtlich der letzteren sagte Axelrod schon in den neunziger Jahren voraus, daß in ihr noch stärkere sozialrevolutionäre Bestrebungen als bei den Arbeitern hervortreten würden, weil „die Agrarfrage die Hauptfrage des russischen Lebens und der Boden ist, auf dem sich der Antagonismus zwischen den Anhängern eines rationellen kapitalistischen Fortschrittes — unter antikapitalistischer Flagge — und dem Absolutismus herausbildet."

Der Kernpunkt des Problems, erklärte Axelrod, besteht darin, welche Stellung die Partei des Proletariats zu diesen Bundesgenossen einnehmen soll.

Axelrod nahm in den neunziger Jahren an, daß Rußland noch recht weit von der Revolution entfernt sei. Diesen Umstand, meinte er, könne und müsse die russische Sozialdemokratie ausnützen, um das Proletariat allmählich zur Rolle des Führers in der bürgerlichen Revolution zu erheben, d. h. es in den Stand zu setzen, unter Vermeidung seiner Isolierung von den Bundesgenossen, die am Vorabend der bürgerlichen Revolution vorzeitig und gefährlich wäre, den Kampf der einen Bundesgenossen bewußt zu unterstützen und die andern (mehr demokratischen) direkt zu führen.

Ausgehend von diesem Standpunkt, betrachtete Axelrod es als Hauptaufgabe der russischen Sozialdemokratie, das Bewußtsein und die politische Selbsttätigkeit der Arbeitermassen zu fördern, die allein das Proletariat als Klasse in den Stand setzen könnten, sich zur Rolle eines Führers der Revolution zu erheben. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe müsse man aber die Agitation im Proletariat so führen, daß seine Aufmerksamkeit auf jene „Knotenpunkte" des russischen gesellschaftlichen Lebens gerichtet werde, „in denen die Interessen der verschiedenen Klassen sich kreuzen", damit es lerne, die Interessengegensätze der verschiedenen besitzenden und überhaupt nichtproletarischen Klassen für seine revolutionären Zwecke bewußt auszunutzen.

Dies ist, so erklärte Axelrod, der einzige richtige Weg. Jede Abweichung nach der einen oder anderen Seite berge große Gefahren in sich. „Zwei Extreme — schrieb er im Jahre 1898 — können unsere Arbeiterbewegung bedrohen. Würde diese Bewegung einerseits die Bahn der einzelnen Konflikte der Arbeiter mit den Unternehmern nicht verlassen, so würde sie jede politische Bedeutung verlieren. Aber noch schlimmer wäre vielleicht das andere Extrem . . . wenn unsere Arbeiterbewegung, mitgerissen von bakunistischen und blanquistischen Strömungen, sich als ihr unmittelbares praktisches Ziel die anarchistische oder kommunistische Revolution stellen würde . . . Die Kräfte des Proletariats wären auf diese Weise unnütz vergeudet."

Als Axelrod die Aufgaben der Partei in den neunziger Jahren formulierte, ging er von der Voraussetzung aus, daß die russische Revolution nicht so bald ausbrechen würde und daß die Geschichte noch eine geraume Frist gewähre zur politischen Erziehung des Proletariats und seiner Bundesgenossen. Aber Revolutionen brechen unabhängig vom politischen Reifegrad jener Kräfte aus, die berufen sind, in ihnen eine Rolle zu spielen; sie brechen aus unter dem Einfluß sozial-ökonomischer Prozesse, über die die Parteien keine Gewalt haben.

Auch die Revolution von 1905 begann zu einer Zeit heraufzuziehen, wo in Rußland, dank den Besonderheiten seiner geschichtlichen Entwicklung, die zu einer politischen Rolle berufenen nichtproletarischen Klassen in ihrer Masse, in ihren unteren Schichten noch sehr wenig organisiert, wenig differenziert und von geringem politischen Bewußtsein erfüllt waren, wo ferner die Bewegung des Proletariats selbst noch einen rein elementaren Charakter trug, wo neben der sozialdemokratischen Partei des Proletariats noch keine anderen organisierten politischen Parteien existierten, und jene liberalen und demokratischen Elemente, mit denen die Sozialdemokratie ihren Kampf hätte kordi-

eines Entscheidungskampfes zwischen Deutschland und England nicht erkennen wollte." Gegenüber der Behauptung, daß nur der unbeschränkte U-Bootkrieg Amerika in den Krieg getrieben hätte, betonte Cohen, „daß Amerika ohnehin unser Gegner gewesen wäre und früher oder später militärisch eingegriffen hätte, da es durch sein weltpolitisches Interesse auf ein Zusammengehen mit dem blutsverwandten England angewiesen wäre."

Liegnitz. Unser Bericht über die hiesigen Zustände in der Arbeiterbewegung hat an verschiedenen Stellen sehr eingeschlagen. Allen voran kläfft die „Liegnitzer Volkszeitung" einzelne Personen an und sucht sie den Lesern als ganz niederträchtige Kerle hinzustellen. Wie kann man sich auch erlauben, gegen den Stachel zu löcken. Das ist geradezu Landesverrat gegen die heutige Ordnung der Partei. Wie kann man nur sich erfrechen, eine andere Meinung zu haben, als die parteiamtlich vorgeschriebene?

Die „Liegnitzer Volkszeitung" und ihre Hintermänner werden trotz ihres Gekläffes einsehen müssen, daß es in dem alten Trott nicht mehr weitergehen kann und daß es auch unter den Liegnitzer Arbeitern zu dämmern beginnt, trotzdem und trotzalledem!

Die in unserem letzten Bericht gemachte Bemerkung, wonach die Entlassung des Geschäftsführers auf verschiedene faule Sachen schließen lasse, welche noch den Staatsanwalt beschäftigen werden, konnte leicht zu der Meinung führen, als ob dem Entlassenen etwas Faules nachgesagt werden könnte. Tatsächlich ist der Angestellte sofort entlassen worden, weil er Unkorrektheiten aufgedeckt hat. Der Konsumverein schreibt uns hierzu, daß der Entlassene nicht Geschäftsführer, sondern Aushilfsbeamter gewesen sei. Das Geschäft sei so geführt, daß nach dem Bericht des Verbandsrevisors dem Kassierer nur Irrtümer unterlaufen seien, die durch die Ueberlastung jetzt im Kriege erklärlich wären. Schaden sei dem Verein dadurch nicht erwachsen. Weil der entlassene Angestellte dies verwertet habe gegen die Genossenschaft, deshalb sei die sofortige Entlassung erfolgt. Der Verein brauche die Staatsanwaltschaft nicht zu fürchten. — An der Sache selbst wird wenig geändert. Die Paschawirtschaft ist nicht zu bestreiten. Weil er sich über die Sachlage kritisch aussließ, erfolgte sofortige Entlassung des unbequemen Sünders.

Offenburg (Baden). Der Sozialdemokratische Verein Offenburg (7. bad. Wahlkr.) hält am Sonntag, d. 22. Sept., nachm. 2 Uhr, eine Versammlung ab. Die Tagesordnung wird eine reichhaltige sein. Es sind die sämtlichen Mitglieder des Vereins zur Beteiligung eingeladen, wobei hauptsächlich auf das Erscheinen der auswärtigen Genossen gerechnet wird. Wer eine Verpflegung im Vereinslokale wünscht, soll an die Vereinsleitung rechtzeitig von seinem Eintreffen Nachricht geben.

Unehrlich in jedem Wort! Die abhängige Presse im Rheinland, unterstützt von dem biederen „Vorwärts", veröffentlicht eine Notiz, in der sie geaukkten Jubel über den angeblichen Rückgang unseres Parteiblattes in Solingen, der „Bergischen Arbeiterstimme", markiert. Unser Parteiblatt hat den Abhängigen auf diese Notiz gedient, indem es feststellte, daß es mehr Abonnenten zählt als das Parteiblatt der Abhängigen in Elberfeld, trotzdem Solingen nur 50 000, Elberfeld aber 300 000 Einwohner zählt. Der abhängigen Notiz muß aber auch noch ein anderes entgegengehalten werden. Ueber die Zahl der Bezieher unseres Solinger Parteiblattes entscheidet nicht die politische Bildung und der Wille der Arbeiterschaft im Rheinland, sondern die Behörde. Ohne die Papierkontingentierung wäre die Zahl der Bezieher unseres Solinger Parteiblattes, die schon jetzt stattlich ist, beträchtlich höher. Die Abhängigen wissen das so gut wie wir. Sie wissen auch, welche ungeheure politische Hilfe die Papierkontingentierung für sie bedeutet, und namentlich die Düsseldorfer Regierungssozialisten und Zeitungsräuber sonnen sich im Schutz dieser Einrichtung. Und noch viel besser wissen die Regierungssozialisten, daß die Stimmung im Rheinland noch niemals so gegen sie war, als gerade jetzt. Das suchen sie durch derlei verächtliche Mittel zu verbergen, wie ihre Notiz über unser Parteiblatt darstellt. Ihre Kampfesweise ist eben unehrlich vom Anfang bis Ende — unehrlich in jedem Wort.

Eine Abschüttelung der „Glocke". Der Grazer „Arbeiterwille" hat der „Glocke" des Herrn Parvus eine verdiente Abstrafung angedeihen lassen. Er will nichts zu tun haben mit diesem „ausgesprochen nationalistischen Organ", dessen Verantwortlicher, Haenisch, „soviel Kulturfreiheit an den Tag legt, daß er allen möglichen und unmöglichen bürgerlichen Elementen die Verbreitung ihrer chauvinistischen Ideen in dem Blatte gestattet". Er konstatiert, daß in diesem Organ ein „Wiener Sozialdemokrat" einen Artikel mehr gegen als über die Sozialdemokratie veröffentlicht habe, der zur Freude der Bürgerlichen die österreichische Arbeiterschaft wüst beschimpft. Der „Arbeiterwille" hängt folgende Sätze aus dem Glockenartikel niedriger:

„Ist es doch soweit gekommen, daß die improvisierten Arbeiterdeputiertenräte bei den letzten Streiks durchaus souverän handelten .. Der Bolschewikiwahn wühlt unter einer Arbeiterschaft, deren politische Bildung so dumm ist, daß sie alle theoretischen Diskussionen, fast wie in Rußland, einer kleinen Gruppe meist jüdischer Rabulisten überliefert, während aus dem deutsch-österreichischen Proletariat selbst fast keine selbständige Begabung erwachsen ist."

Der Grazer „Arbeiterwille" bemerkt nicht mit Unrecht, daß diese Beschimpfungen den Geist atmen, der in der Wiener „Reichspost", dem klerikalen kriegshetzerischen Organ, verzapft wird, und fügt hinzu: „Im übrigen ist es komisch, von jüdischen Rabulisten in einem Blatt eines russischen Juden zu reden, noch dazu von einem Artikelschreiber, dessen Ausführungen von jüdischer Rabulistik triefen.

---

nieren müssen, eben erst anfingen, das Lager der marxistischen Intelligenz zu verlassen und durch ihre Kritik des Marxismus die Geschlossenheit und Ideenreinheit des marxistischen Lagers bedrohten.

Unter diesen Umständen stieß die Verwirklichung der von Axelrod vorgezeichneten komplizierten Aufgaben auf sehr große Hindernisse. Die Spontanität der in einer rückständigen Umgebung ausbrechenden Revolution zwang, die noch unreifen Früchte zu pflücken. Sie zwang die Arbeiter, nicht als selbständige Klasse in der Revolution aufzutreten, sondern vorläufig als revolutionär gestimmte, aber wenig bewußte Masse, die sich einer engen Organisation von Berufsrevolutionären aus der Intelligenz streng unterordnete und ihr blind folgte; sie führte dahin, daß diese Organisation von Intellektuellen, die unter marxistischem proletarischen Banner auftrat, die Aufgabe der politischen Erziehung und der unmittelbaren politischen Leitung der nichtproletarischen Klassen übernahm, ohne Rücksicht auf ihre natürlichen politischen Führer; sie führte schließlich auch dahin, daß die Aufgabe der Koordinierung der Handlungen mit den existierenden verbündeten Parteien weit zurücktrat vor der Aufgabe des geistigen Kampfes gegen diese Parteien. Mit anderen Worten, dank der Rückständigkeit der politischen Verhältnisse Rußlands wurden die Anhänger der „Iskra" von der elementar ausbrechenden Revolution dahin getrieben, daß sie nach Ueberwindung des „Oekonomismus" in das entgegengesetzte Extrem verfielen, vor dem P. Axelrod sie gewarnt hatte, und dem allgemein demokratischen Revolutionarismus und der reinen Politik die Aufgabe der Klasseneinigung und Klassenerziehung des Proletariats zum Opfer brachten. Und diese elementare Bewegung, als deren hervorragendster Vertreter Lenin auftrat, drängte in der Tat mit einem Schlage die Anhänger der Richtung „Iskra" zurück.

Die Widersprüche, zwischen dieser neuen Abart der sozialdemokratischen Bewegung: dem Leninismus und dem Marxismus, deren Unversöhnlichkeit dank dem mächtigen Einfluß jener Zeit lange sogar dem Auge der konsequentesten und prinzipientreuesten Marxisten der Iskraperiode: P. Axelrods und L. Martows entging, führte im Jahre 1903 zur Spaltung der Partei in zwei Fraktionen: der Menschewiki und der Bolschewiki, zu einer Spaltung, deren lange Dauer allein schon darauf hinweist, wie tief ihre Wurzeln sind.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Alldeutsche, Schwerindustrielle und Gewerkschaftsführer. Die Generalkommission der Gewerkschaften teilt in ihrem soeben erschienenen gedruckten Bericht für die Zeit vom 1. April bis 31. August 1918, den sie dem kleinsten Kreise ihrer treuesten Freunde erstattet, folgendes mit:

„An den Veranstaltungen der Auskunftsstelle vereinigter Verbände (jetzt Verein für Auslandskunde) hatten Mitglieder der Generalkommission sich mit Einverständnis der Generalkommission eine Zeitlang beteiligt. Es hat sich jedoch ergeben, daß die Tendenzen dieser Organisation eine dauernde Mitarbeit der Gewerkschaften in dieser Vereinigung nicht geraten erscheinen lassen. Dies ist der Auskunftsstelle mitgeteilt und sind seitdem erneuerte Versuche, die Gewerkschaften zur Mitarbeit bei der Reorganisation der Vereinigung zu veranlassen, abgelehnt. Dieselbe Haltung gegenüber der Auskunftsstelle wird auch von den anderen Gewerkschaftszentralen und den mit uns in näherer Verbindung stehenden Angestelltenverbänden eingenommen."

Um diese Mitteilung würdigen zu können, muß man wissen, wer die „Auskunftsstelle vereinigter Verbände" ist. Es ist die Zentralstelle der vereinigten alldeutschen und schwerindustriellen Annexionisten. In verschiedenen in Massenauflagen hergestellten Annexionsschriften werden als Mitglieder dieser Auskunftsstelle genannt:

Landtagsabgeordneter Baemeister, Rechtsanwalt Böttger (Bund der Landwirte), Admiral Baudissin (Deutscher Wehrverein), Direktor Donecker (Altherrnbund des Rüdesheimer Verbandes deutscher Burschenschaften), Freiherr von Gleichen-Rußwurm (Bund deutscher Gelehrter und Künstler), Staatsminister Dr. Hentig, Dr. Herle (Bund der Industriellen), Handelskammersyndikus Hirsch-Essen a. Ruhr, J. C. Jensen (Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände), Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, Geheimrat Dr. Kirdorf, Generalsekretär Peter (Bund vaterländischer Arbeitervereine), Konteradmiral Recke (Verein für das Deutschtum im Auslande), Dr. Roesicke (Bund der Landwirte), Professor Dietrich Schäfer, Dr. Stresemann (Bund der Industriellen), Regierungsrat Schweighoffer (Zentralverband deutscher Industrieller), von Vietinghoff-Scheel (Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes), Justizrat Wagner (Deutscher Ostmarkenverein), Geheimrat Zacher (Deutscher Wehrverein) usw.

Man wird der Generalkommission der Gewerkschaften zugeben müssen, daß es mit ihrem politischen Verstande nicht weit her ist. Aber so dumm, wie sie sich in ihrem obenbezeichneten Bericht stellt, kann überhaupt kein Mensch sein: Um zu erfahren, welche „Tendenzen" die Herren Kirdorf und Vietinghoff, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Alldeutsche Verband, die nationalen Arbeitervereine und die sonstigen vorgenannten Herren und Verbände verfolgen — dazu bedurfte es für die Generalkommission der Gewerkschaften keines langwierigen Studiums. Das hat sie nicht erst nach vier Kriegsjahren kennen gelernt, das hat sie schon vor dem Kriege gewußt, sich aber in der Kriegszeit trotzdem jenen Leuten an den Hals geworfen. Sie trennt sich von ihnen jetzt auch nur scheinbar, denn der „Volksbund für Freiheit und Vaterland", für den sie nunmehr schwärmt, ist ja bloß eine verwässerte Neuauflage der „Auskunftsstelle vereinigter Verbände".

Die Gewerkschaftsführer schimpfen! Die in den letzten Nummern unseres „Mitteilungsblattes erfolgten Veröffentlichungen aus den Geheimprotokollen der Vorständekonferenz der Gewerkschaften haben bei den beteiligten Gewerkschaftsführern helle Wut erregt. Das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften" vom 7. September schreibt, wir hätten uns das Protokoll auf unehrliche Weise verschafft; die berüchtigte „Internationale Korrespondenz" sagt unterm gleichen Tage, die Protokolle seien von uns gestohlen worden. Das zeigt schon zur Genüge, wie unangenehm der Generalkommission diese Veröffentlichungen sind. Selbstverständlich gehen die Gewerkschaftsführer auf den Kern der Sache gar nicht ein, sondern suchen die Oeffentlichkeit durch allerlei Kinkerlitzchen über den Sachverhalt hinwegzutäuschen.

Es ist jetzt an den Arbeitern, sich mit den von uns veröffentlichten Protokollauszügen nicht zu begnügen; sie müssen vielmehr von ihren Gewerkschaften fordern, daß alle Protokolle der Vorständekonferenzen schleunigst veröffentlicht werden. Die Arbeiterschaft hat ein hohes Interesse daran, zu erfahren was während der vier Kriegsjahre hinter ihrem Rücken vor sich gegangen ist.

Die Berliner Bäckergesellen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verhältnisse im Bäckerberuf haben sich im Laufe des Krieges erheblich geändert. Die Einschränkung des Kuchenbackens, das Aufhören der Nachtarbeit, die Einziehung von etwa 4000 Bäckergesellen in Groß-Berlin hat die verschiedensten Folgen gehabt. Meist kleine Betriebe sind eingegangen, da der Verbrauch infolge der Rationierung geringer geworden ist. Auf dem Arbeitsmarkte ist Mangel eingetreten. Eine unglaubliche Lehrlingszüchterei sei in die Erscheinung getreten, die für später die schlimmsten Folgen für das ganze Gewerbe haben dürfte. Die jungen Leute lernen jetzt nichts, da sie oft in Betrieben arbeiten, wo kein einziger Geselle vorhanden sei. Aber viele Eltern, darunter sogar viel Bessersituierte geben ihre Kinder in die Bäckerlehre, weil da der Junge ein Stück Brot mehr zu essen bekommt, auch weil sie selber mit dem Bäcker Beziehungen anknüpften. Die Löhne entsprechen auch nicht im entferntesten der steigenden Teuerung. Eine Statistik ergebe, daß ein Durchschnittslohn von 71,25 Mark in Groß-Berlin erzielt worden sei. Innungsmeister zahlten am schlechtesten, während in den Brotfabriken bessere Löhne bis 100 Mk. die Woche erzielt würden.

Es müsse endlich Remedur eintreten. In einer am Dienstag im Lehrervereinshaus abgehaltenen öffentlichen Bäckerversammlung entwickelte Hetzschold die Forderungen, die an die Bäckermeister gestellt werden sollten. Es müsse ein Tarifvertrag angestrebt werden. Ein Minimallohn müßte jedem Bäckergesellen garantiert werden. Als solcher wird ein Wochenlohn von 84 Mark für Gesellen, 42 Mark für weibliche Hilfskräfte, verlangt. Wo Löhne über den Minimallohn gezahlt werden, dürfen sie nicht herabgesetzt, sondern müssen sofort um 10 Mark für männliche, um 5 Mark für weibliche heraufgesetzt werden.

Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Regelung der Lehrlingsfrage, Arbeitszeit, der Arbeitsvermittelung und Schaffung eines Tarifamtes. Bis zum 22. September wird von den Arbeitgebervereinigungen Antwort verlangt. Am 24. September soll im Gewerkschaftshause die Antwort mitgeteilt werden. Bis dahin soll unter den der Organisation noch Fernstehenden eine rege Propaganda entfaltet werden, um den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Aus der Zeit.

Ein Verärgerter. Im Braunschweiger Allgemeinen Anzeiger findet sich folgendes Inserat: „Im Laufe dieses Monats, in dem ich mein dreißigjähriges Jubiläum als General begehe, verlasse ich trauernd das schöne Blankenburg in meinem lieben Heimatlande Braunschweig, wo ich, wie schon mein Vater, nicht Recht noch Gerechtigkeit fand. Denjenigen Behörden und Leuten, welche diese Grundsätze mir gegenüber mißachtet haben, hinterlasse ich den Gruß Götz von Berlichingens an den kaiserlichen Hauptmann! Allen mir wohlgesinnten Bekannten sage ich herzlich Lebewohl! Ahlborn, Generalleutnant z. D."

Recht vornehm und erstklassig!

Die Freiheit in Gefahr!

Der Krieg mit seinem gewaltigen Verbrauch an Menschen, Nahrung, Kleidung und Kriegsgerät hat den Staat vor Aufgaben gestellt, die er nur durch rücksichtslosen Eingriff in das Wirtschaftsleben und die persönliche Freiheit meistern konnte. Die Kriegsnotwendigkeiten forderten die Rationierung aller Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsartikel. Die gesamte Produktion wurde für den Bedarf an Munition und anderes Kriegsgerät eingestellt. Der Verbrauch an Menschen brachte uns das Hilfsdienstgesetz und damit die gesetzliche Erfassung aller Arbeiter bis zum 60. Jahre und eine Beschränkung der Freizügigkeit. Das alles mit dem Belagerungszustand, der Beschränkung der Preßfreiheit durch die Zensur usw. haben uns schon die Ansicht aufgedrängt, daß es kaum noch höher gehen könne. Der Frieden, der einmal kommen müsse, würde auch den Abbau dieser Maßnahmen bringen und das gesellschaftliche Leben könne wieder seinen alten Gang gehen.

Die Zukunft wird lehren, daß das wirtschaftliche und politische Leben nicht mehr auf die alten Gleise paßt. Vieles, wenn nicht alles, hängt ab von dem weiteren Verlauf des Krieges, weiteres von der Möglichkeit der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen auf dem Warenmarkte nach dem Kriege. Um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein, beschäftigen sich die Staaten schon seit langem mit dem Problem der Uebergangswirtschaft. Schon jetzt zeigt es sich aber, daß die kommende Zeit nichts mehr mit der Jetztzeit gemein hat. Je länger der Krieg dauert, je schwieriger gestalten sich die Dinge für die Uebergangswirtschaft und die Friedenszeit. Immer neue Fragen tauchen auf, die ihrer Lösung harren. Die Wohnungsfrage, die Beschaffung von Arbeit für die heimkehrenden Soldaten verursachen der heutigen Gesellschaft nicht wenig Kopfschmerzen. Aber schon hierbei zeigt es sich, daß wir nicht die Periode der staatlichen Eingriffe überstanden haben, sondern, daß wir vor neuen Beschränkungen und Maßnahmen des Staates stehen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bringen die aufsehenerregende Nachricht, daß nach zuverlässigen Meldungen Erwägungen bei den Reichs- und Landesbehörden schweben, die Freizügigkeit der Jugend bis zum 21. Jahre zu beschränken oder aufzuheben. Was könnte die Jugend schlimmer treffen, als eine solche Maßnahme. Praktisch würde es also um die Freiheit der Jugend gehen. Vorerst ist allerdings nur an die Jugend in Dorf und Kleinstadt gedacht, die man an die Scholle fesseln will. Aber wer glaubt denn, daß es dabei bleibt. Wenn es die nationalen Notwendigkeiten erfordern, dann wird die gesamte Jugend davon betroffen werden. Man wird damit noch andere Zwecke verfolgen und um die Begründung dieser Maßnahme nicht verlegen sein.

Die Begründung für die geplante Einschränkung der persönlichen Freiheit machen sich die „Leipz. Neuest. Nachr." sehr leicht. Wenn die Einschränkungen auf dem Gebiet des Ernährungswesens die Kriegszeit noch auf längere Zeit überdauern werden, dann würde man sich eben auch mit weiteren Beschränkungen der persönlichen Freiheit in der Uebergangswirtschaft abfinden müssen. Wir ständen der Gefahr der gewaltigen Anhäufung Arbeitsloser, die der Frieden in den großen Städten zusammenballen werde, gegenüber. Die Ernährung würde durch das Fehlen der notwendigen Arbeitskräfte auf dem Lande noch mehr in Frage gestellt sein. Die Wohnungsnot könne zur wirklichen sozialen Gefahr werden. Es bedürfe deshalb gesetzlicher Maßregeln, um der „sinnlosen Ueberflutung der Großstädte, einer Verschärfung der Wohnungsnot wie der Arbeitsnot vorzubeugen."

Da man den Erwachsenen die Fesseln nicht anzulegen wagt, so kommt man eben der Jugend damit. Nach Ansicht der „Leipz. Neuesten Nachr." ist das sogar unbedingteste „sittliche Forderung". Und weiter: Die Freizügigkeit sei für die Jugend die Freiheit, zu verkommen, die besten Arbeits- und Lehrjahre zu vertrödeln, die Freiheit, sich selbst und seine Zukunft zu verlieren und die Schar der Entwurzelten zu vergrößern. Die Minderjährigen, die aus dem Dorf oder der kleinen Stadt in die Großstädte drängen, seien zumeist durch das Bestreben geleitet, sich besser zu amüsieren. Wunsch nach Abenteuer, nach buntem Genuß und der Drang, beengender Aufsicht ledig zu sein, erfülle sie. Und so fielen sie dann den Gefahren der Großstadt, den Lastern des Asphalts, anheim. Um sie davor zu bewahren, müsse ihnen also das Recht, ihr Brot dort zu verdienen, wo es ihnen am besten gefällt, genommen werden. Darum Beschränkung der Freizügigkeit. Aber man will gnädigst Ausnahmen zulassen. Ob ein Jugendlicher vorzeitig frei sein soll, darüber solle das Jugendamt, der Gemeindevorstand, der Landrat oder eine andere Behörde entscheiden.

Also um der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu steuern, um den Arbeitermangel auf dem Lande abzuhelfen und als erzieherische Notwendigkeit für die Dorf- und Kleinstadtjugend fordert man diese einschneidenden Maßnahmen. Man fängt auch hier wie überall am verkehrten Ende an. Nicht dadurch erreicht man eine bessere Erziehung der Dorfjugend, indem man sie von der Großstadt fernhält. Man gebe der Jugend eine bessere Schule, wirkliches Wissen, selbständiges Denken, und die Verlockungen der Großstadt werden die Dorfjugend widerstandsfähig finden. Den Landarbeitern gebe man eine kürzere Arbeitszeit und einen gerechten Lohn für die schwere Arbeit, und man wird nicht mehr über Landarbeitermangel zu klagen haben. Und Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit werden nicht dadurch beseitigt, wenn man die Jugend von der Großstadt fernhält, denn das hieße, den Ozean mit einem Teelöffel ausschöpfen wollen.

Für die arbeitende Jugend sind diese Dinge eine Mahnung, zur Verteidigung ihrer Rechte die Augen offen zu halten!

psch.

An Anfrag'.

(1870.)

A Bauer hat drei Buabn im Feld,
Sie lassen gar nix hör'n,
Jetzt is er halt nach Münka 'nein
Zum Fragen in d'Kasern.

„Wie geht's mein Toni!" hat er g'fragt,
Den mag er halt vor allen;
Da schaugen s' nach und sagen s' ihm:
„„Der is in Wörth drin g'fallen.""

„O mein Gott nei'! — Und unser Hans?"
„„Der is mit siebezig Mann
Bei Sedan g'fallen."" — „Und der Sepp?"
„„Der liegt bei Orleans.""

Der Alte sagt koa Wort und geht.
Er hebt sich an den Kasten,
Am Stuhl, am Türg'schloß, an der Stieg'n —
Er muaß a weni rasten.

Drunt auf der Staffel vor'n Haus,
Da is er nieder g'sessen,
Er halt sein Hut no' in der Hand,
Er hat auf all's vergessen.

Es gengant wohl die tausend Leut',
Viel hundert Wag'n vorbei.
Der Vader sitzt no' allweil dort . . .
„Drei Buab'n und — alle drei!"

Karl Stieler.

Die Abhängigen auf dem Rückzuge.

Die abhängigen Führer der Jugend haben Angst vor der eigenen Kurage bekommen. Dem Vorstoß, den Heinrich Schulz in Nr. 13 der „Arbeiterjugend" unter der Parole: „Gibt es gemeinsame Wege?" unternommen hatte, ist ein kläglicher Rückzug gefolgt. Wir könnten uns schon mit diesem Erfolge zufrieden geben, aber die abhängige Presse versucht nach bekanntem Muster aus einem Rückzug einen Sieg zu machen. Um diesen Schwindel aufzudecken, brauchen wir uns nur an die Wahrheit und an die Tatsachen zu halten.

In der „Arbeiter-Jugend" Nr. 13 ist nachzulesen, daß H. Schulz für die abhängige Jugendbewegung auf verschiedenen Gebieten der Jugendarbeit im Gegensatz zu früher die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum empfiehlt. So im Jugendheim, beim Spielen und Wandern. Wohl gemerkt, er wünscht gemeinsame Veranstaltungen im Jugendheim, auf dem Spielplatz und beim Wandern. Wörtlich sagt er dem Jugendlichen: Daß Du aber in gemeinsamen Jugendheimen und Turnsälen mit Jünglingen und Mädchen anderer Weltanschauung zusammentrifft, ist kein Schade usw." Diese Tatsache will die abhängige Presse nicht mehr wahr haben und versucht nun durch allerlei Verdrehungen zu beweisen, daß schwarz — weiß ist.

Es handelt sich aber nicht darum, Spielplätze und Turnhallen von der Gemeinde zu fordern, wie es die abhängige Presse fälschlich darstellt. Diese Forderung erheben wir nach wie vor, sehr zum Schmerz der Abhängigen. Deshalb ist es auch selbstverständlich, daß sich die freie Jugend auf den Spielplätzen Berlins tummelt, die von den Mitteln der Allgemeinheit unterhalten werden. Deshalb lassen wir es uns nicht nur gefallen, sondern wir fordern auch die Mittel von den Gemeinden, um unsere Jugendheime zu unterstützen. Aber das ist der Unterschied: während die Abhängigen diese Mittel ohne weiteres erhalten, weil sich ihre Jugenderziehung von der bürgerlichen in nichts unterscheidet, weil sie sogar die Zusammenarbeit will, werden sie uns verweigert.

Die freie Jugend opfert nicht ihre Gesinnung, sie gibt nicht den Kampf auf, nur um die Unterstützung von Staat und Gemeinde zu erhalten. Sie wird auch den Kampf führen gegen die Jugendämter, wenn sie eine Gefahr für die freie Jugendbewegung werden.

Nun müssen wir aber noch eine Unterstellung der Abhängigen festnageln. Wir haben, um uns nicht Vorwürfen auszusetzen, die wesentlichsten Stellen aus der „Arbeiter-Jugend" dem Sinne nach zitiert, auch „was Schulz über die Notwendigkeit des Getrenntarbeitens" gesagt hat, z. B. „für besondere Vorträge über den Sozialismus und ähnliches". Nichts anderes steht in den von den Abhängigen abgedruckten Sätzen. Trotzdem erhebt man den Vorwurf der Unterschlagung — ohne jede Absicht! Ein Beitrag zur Kampfesweise der Abhängigen.

Zum Schluß können wir aber noch mit Genugtuung feststellen, daß wir in der Beurteilung dieser Frage nicht allein stehen. Die Jugend in den Reihen der Abhängigen macht Front gegen die Ausführungen ihrer Führer. Die „Arbeiter-Jugend" muß einen ganzen Leitartikel daran wenden, um der Jugend die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum schmackhaft zu machen.

Aus der Praxis des Jugendamts.

Wie wir es vorausgesehen hatten: das Jugendamt dient dazu, die proletarische Jugendbewegung indirekt zu bekämpfen. Oder ist es etwas anderes, wenn seitens der Stadt der Jungdeutschlandbund unterstützt wird, derselbe, der im schärfsten Gegensatz zur freien Jugendbewegung steht, der gegründet wurde, um die freie Jugend durch seine nationale Jugenderziehung zu bekämpfen? Selbstverständlich war man nicht so unvorsichtig, diese Unterstützung direkt zu gewähren. Das macht man anders und das wird auch in Zukunft ähnlich gemacht werden.

Der Jungdeutschland-Ruderverein bildet in Sadowa Berliner Gemeindeschulkinder im Schwimmen und Rudern aus. Jede Gemeindeschule darf aus ihrer Ober- und 1. Klasse fünf geeignete Schüler entsenden, die zweimal wöchentlich nachmittags nach Sadowa herauskommen. So sollen im Laufe des Sommers im ganzen dreimal zweihundertundfünfzig Jungen in drei Kursen im Schwimmen und Rudern ausgebildet werden. Das Unterrichtsgeld beträgt nur 3 Mk.; je ein Schüler jeder Schule erhält eine Freistelle.

So hat man der Sache ein harmloses Aussehen gegeben. Und für den Jungdeutschlandbund wird nun auf Kosten der Allgemeinheit Reklame gemacht. Warum kann denn nicht die Stadtgemeinde ohne den Jungdeutschlandbund diese durchaus wichtige körperliche Erziehung der Jugend betreiben? Man sagt: Der Jungdeutschlandbund leistet diese Arbeit auf ganz neutraler Grundlage. Die freie Jugend denkt da anders. Für sie ist der neutralste Jugendverein — der gefährlichste Gegner. Unter dem Mantel der Neutralität wird die Erziehung der Volksschule fortgesetzt, wird die Jugend für das Bürgertum eingefangen, zur Gedankenlosigkeit, zur Unselbständigkeit erzogen, zum Gegner der freien Jugend gemacht. Darum ist die Unterstützung des „neutralen" Jungdeutschlandbundes nur eine Täuschung und indirekt eine Bekämpfung der freien Jugend.

Aus dem Reiche.

Köln. Schon lange vor dem Kriege versuchten auch hier die Erwachsenen, aus der Kampfbewegung der Jugend eine reine Bildungsbewegung zu machen. Von der „Zentralstelle" von Schulz, Ebert, Korn und Co. gab es hier eine Filiale, in der Sollmann u. a. tätig war. In Wort und Schrift bearbeitete man die Jugend. Aber die Jugend ließ sich nicht alles bieten. Erst sprangen einzelne ab, dann immer mehr. Wir haben eine Schar von Jugendgenossen, die freudig an der gemeinsamen Arbeit der oppositionellen Jugend teilnehmen wollen. Wir arbeiten selbständig und lassen uns nicht von den Erwachsenen gängeln und halten es mit unserem Jugendfreund, der uns in seinem Liede zuruft:

Vorwärts! deinen Sinn gerichtet!
Wenn man auf die Alten hört,
Ist die Hoffnung bald vernichtet
Und der Wagemut zerstört.
Läßt du nur die Alten raten,
Alter ist so schnell verzagt,
Ihm fehlt Sinn für neue Taten,
Vorwärts, Jugend! Frisch gewagt!

So wollen wir es, und besonders auch unsere Genossinnen, halten.

J. Sch.

Verantw. Redakteur: C. Leid; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenicker Str. 136-38.